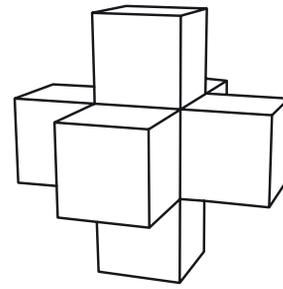


Schweizer Freisinn



FDP Wir Liberalen.

Unter Freisinnigen	2	Geits no?	2	FDP-Frauen	14	Dossier	18
Kopf des Monats	2	Brennpunkt	3	Jungfreisinnige	16	FDP intern	23

30. Jahrgang, Erscheint zehnmal jährlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

Inhalt

Drogenpolitik

Am 30. November stimmen wir über zwei Vorlagen zur Schweizer Drogenpolitik ab. Die Hanfinitiative fordert die Legalisierung des Konsums und Eigenanbaus von psychoaktiven Substanzen der Hanfpflanze sowie den Ausbau des Jugendschutzes. Die Revision des Betäubungsmittelgesetzes beinhaltet als wichtigsten Punkt die gesetzliche Verankerung der 4-Säulen-Politik des Bundes.

Seite 7

Verbandsbeschwerderecht

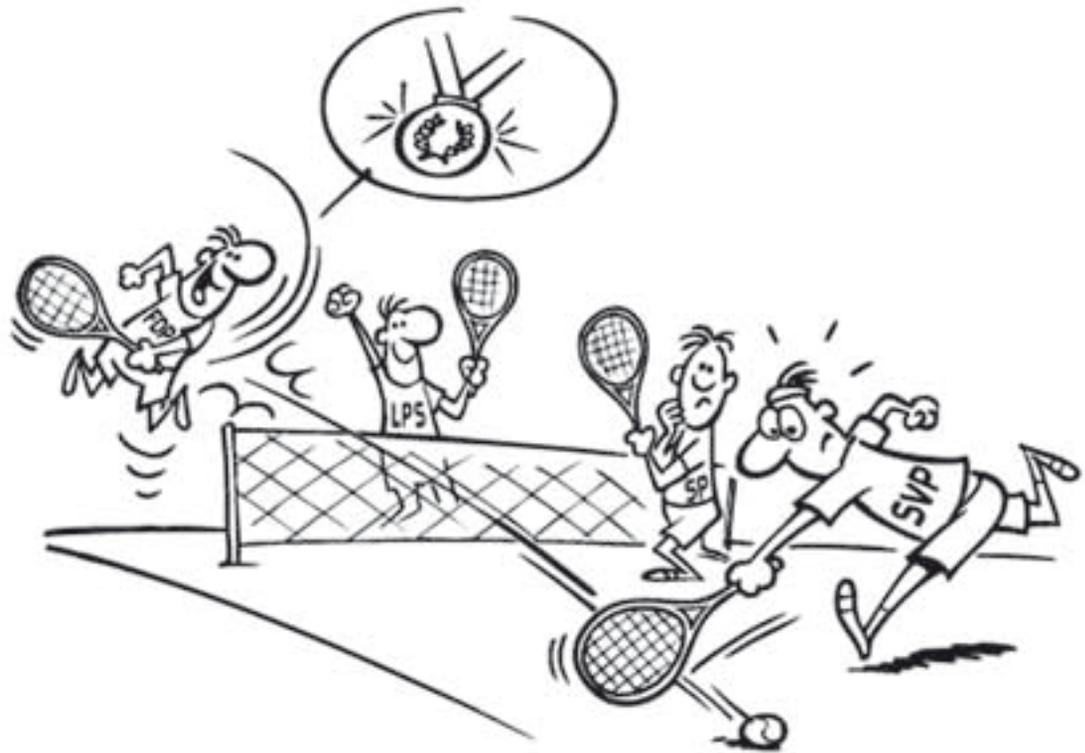
Das Verbandsbeschwerderecht darf nicht länger dazu missbraucht werden, Bauvorhaben zu blockieren oder sogar ganz zu verhindern. Die Volksinitiative, über die am 30. November an der Urne entschieden wird, stärkt den Wirtschaftsstandort Schweiz, schafft Arbeitsplätze und richtet sich nicht gegen die Umwelt, obwohl genau das immer wieder behauptet wird.

Seite 10

Stagflation

Die Wirtschaft befindet sich gegenwärtig in einer besonderen Konstellation, die zu einer Stagflation führen könnte. Dadurch würden Wohlstand und Arbeitsplätze gefährdet.

Seite 21



Zusammen sind wir stärker!

Der 25. Oktober 2008 wird ein historischer Tag. An diesem Tag entscheiden die Delegierten der FDP und der Liberalen Partei der Schweiz über die Gründung einer neuen Partei.

Die Vorbereitungen für den Zusammenschluss zwischen der FDP und der Liberalen Partei der Schweiz sind in vollem Gange. Am 22. Au-

gust wurden an einer Kadertagung die neu erarbeiteten Statuten und das weitere Vorgehen vorgestellt. Des Weiteren wurde intensiv und

konstruktiv über den neuen Namen diskutiert. Am 25. Oktober sollen die Delegierten in Bern entscheiden.

Wer allein ist, braucht gute Freunde

Die Schweiz ist nicht in der Europäischen Union. Sie fehlt auch in andern supranationalen Organisationen. Das bringt uns Vor-, aber auch Nachteile. Wir sind ein wenig freier und unterstehen keinen Bündniszwängen. Dafür können wir bei Bedarf nicht automatisch auf die Solidarität von Bündnispartnern zählen.

Die schweizerische Situation bringt es mit sich, dass wir stets um Sympathien kämpfen müssen. Wir brauchen ein starkes Beziehungsnetz. Das erfordert einerseits eine starke Präsenz in internationalen Organisationen. Andererseits tragen auch viele bilaterale Treffen und Abkommen dazu bei. Jeder Anlass bietet die Möglichkeit, Brücken zu schlagen, Partner zu finden. Darum benutzen wir Anlässe wie das Meeting in Davos oder heuer die Fussball-EM 2008 und die Olympischen Spiele in Peking möglichst intensiv.

Wir wissen sehr wohl um die Wichtigkeit möglichst vieler Kontaktmöglichkeiten. Wir benutzen sie aber immer noch eher zu wenig als zu viel. Beispiele wie die aktuelle Libyenkrise zeigen, wie wichtig bestehende Kontakte werden kön-



Pascal Couchepin

nen: Diese in Ausnahmesituationen unter Druck aufbauen zu müssen, ist äusserst mühsam.

Bilaterale Verträge sind essenziell

In einem solchen Kontext ist es ebenso absurd, zu denken, dass

wir auf die bilateralen Verträge mit der EU verzichten können. Gute und vielfältige Beziehungen zu unserem engsten Umfeld, zu unseren Nachbarstaaten, helfen der Schweiz. Die Personenfreizügigkeit ist für alle ein Erfolg.

Anhänger einer «Bunker»-Schweiz spielen mit dem Schicksal der Schweiz. Sie bedrohen mit ihrer Haltung das gedeihliche Fortbestehen, die Entwicklung unseres Landes. Auch die Anhänger einer Schweiz «des erhobenen Zeigefingers», einer Schweiz, die aus moralischer Warte andern Staaten die Leviten liest, schaden uns auf längere Sicht.

Die Schweiz muss realistisch sein. Sie darf nicht vergessen, dass es immer wieder Situationen geben wird, in denen sie auf gute Freunde angewiesen ist. Gute Freunde ge-

winnt man mit Respekt und Offenheit.

Die bilateralen Verträge schaffen gute Kontakte. Die Schweiz muss sich um gute Kontakte bemühen. In Europa, aber auch weltweit.

Wer allein ist, braucht am dringendsten gute Freunde.

Pascal Couchepin

Kopf des Monats

Alle, die sich für die neue Partei einsetzen

In beiden Parteien, der FDP und der Liberalen Partei der Schweiz, steht die Arbeit momentan ganz im Zeichen der Gründung der neuen Partei. Der Einsatz vieler Mitarbeitender ist enorm und nur zu vergleichen mit jenem in einer Wahlzeit. Nur dank diesem Einsatz und der professionellen Vorbereitung kann dieser Zusammenschluss zum gewünschten Erfolg werden. Allen, die sich zurzeit mit grossem Engagement für die Gründung der neuen Partei einsetzen, gebührt ein grosser Dank. Sie alle erhalten gemeinsam den Titel «Kopf des Monats».



Teilnehmende am Seminar in Solothurn.

Geits no?

Der Bundesrat hat die Kantone schriftlich darauf aufmerksam gemacht, dass schätzungsweise 1500 bis 2000 Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer letzten Herbst faktisch daran gehindert worden sind, sich an den eidgenössischen Wahlen zu beteiligen. Die stimmberechtigten Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer haben sich an den National- und Ständeratswahlen vom 21. Oktober 2007 nicht beteiligen können, weil das Wahlmaterial zu spät bei ihnen eingetroffen war. Entsprechende Klagen gingen bei der Auslandschweizer-Organisation (ASO) ein, die daraufhin die Bundeskanzlei kontaktierte, um die Ursachen dieses Missstandes zu ergründen und Massnahmen zu dessen Eliminierung zu diskutieren. Der Bundes-

rat bittet nun die Kantone, ihre Gemeinden auf diese Unzulänglichkeiten aufmerksam zu machen und ihnen die Mittel und Möglichkeiten zu deren Behebung in Erinnerung zu rufen. Das Ziel soll es sein, dass die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer bei den künftigen Erneuerungswahlen der Eidgenössischen Räte möglichst ungehindert und zeitgerecht wählen können. Die FDP hat ihre Lösung schon lange vorgeschlagen: E-Voting!

Fusion

Die «grösste junge Partei» ist am Entstehen - damit 1 + 1 = 3 gibt

FDP Wir Liberalen.

Von Fulvio Pelli, Präsident der FDP, Co-Präsident der UFL

Der 25. Oktober 2008 wird ein historischer Tag. An diesem Tag entscheiden die Delegierten der FDP und der Liberalen Partei der Schweiz, eine neue Partei zu gründen. In Zeiten, in denen sich Parteien spalten, bietet dieser Schritt Chancen – diese haben wir zu nutzen. Wichtig sind dabei folgende zwei Punkte:

Erstens ist unser Zusammenschluss keine Zweckheirat. 1 + 1 kann und soll mehr als 2 geben. Dass dies funktioniert, zeigen erste Erfahrungen in den Kantonen. So haben sich FDP und LPS im Kanton Neuenburg zusammengeschlossen und wurden von den Wählerinnen und Wählern in den kurz darauf stattfindenden Lokalwahlen mit neuen Wählern und Mitgliedern dafür belohnt. Gleiches wollen wir aber nicht nur in jenen, vor allem welschen Kantonen erreichen, in denen wir eine freisinnige und eine liberale Kantonalpartei haben. Vielmehr soll die Neugründung der Partei schweizweit zu einer Aufbruchstimmung unserer Partei führen.

Zweitens ist die Neugründung trotz Grössenunterschieden der Parteien auf nationaler Ebene ein Zusammenschluss gleichberechtigter Partner: Denn die Liberale Partei ist in einigen Kantonen klar grösser als die FDP, und zusammen erreichen wir Wähleranteile von oft über 30%. Wichtiger noch: Unsere Offenheit gegenüber dem national kleineren Partner ist ein Modell für eine künftige Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppierungen, die sich zurzeit vor



Fulvio Pelli

allem in der Deutschschweiz bilden.

Dieser liberale Pol will Verantwortung für die Zukunft unserer Schweiz übernehmen und dafür vom Wähler 2011 einen entsprechenden Auftrag erhalten. Dieser Pol soll Heimat sein für liberal denkende Wähler und ist bereit zur Zusammenarbeit mit weiteren liberal handelnden politischen Gruppierungen. 160 Jahre nach der Gründung des Bundesstaats wissen wir: Liberal ist gut für die Schweiz. Folglich müssen wir die liberalen Kräfte stärken.

Am 25. Oktober 2008 wird der politische Entscheid zur Gründung der neuen Partei gefällt. Ab diesem Zeitpunkt werden wir drei Jahre Zeit haben, bisherige, ehemalige und neue Wähler davon zu überzeugen, dass wir Verantwortung tragen sollen. Mit dem radikalen Optimismus und Engagement aller Stufen sowie der liberalen Politik der Gründerväter unserer Parteien schaffen wir diese Herausforderung!

Für Ihre nicht zu unterschätzende Unterstützung bei den Aufbauarbeiten für die neue Partei danke ich Ihnen. Gemeinsam werden wir Erfolg haben.

LIBERAL
Parti libérale suisse / Liberale Partei der Schweiz

Von Pierre Weiss, Präsident der LPS, Co-Präsident der UFL

Die Liberalen sind konservativ bezüglich Werten – der persönlichen Freiheit, der individuellen Verantwortung, der gezielten Solidarität – aber nicht bezüglich Strukturen. Die Parteien, diese etwas besondere Art von Vereinen, bestehen in unseren Augen einzig zu dem Zweck, ihre politischen Zielsetzungen zu verwirklichen. Das wichtigste Anliegen der Liberalen ist dabei die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen in diesem Land. Zu diesen Zweck setzen wir uns unter anderem für den Föderalismus ein, mit dessen Toleranz des Anderen und der Minderheiten. Dieser Wert war und ist für den Gründungsprozess der neuen Partei, den wir gerade erleben, von herausragender Bedeutung. In der Tat wurde stets grosser Wert auf Dialog und Verständnis zwischen zwei gleichberechtigten Partnern gelegt, um «Heiratshindernisse» so weit möglich auszuräumen. Es wäre untertrieben zu sagen, dass die Verhandlungen, die auf Bundesebene seit Anfang dieses Jahres zwischen den Vorständen von LPS und FDP sowie in verschiedenen, paritätisch besetzten Arbeitsgruppen stattgefunden haben, schlicht konstruktiv waren. Dies müsste denn auch, im Hinblick auf den Zusammenhalt wie auch auf den Respekt der «liberalen Strömung» der neuen Partei, beruhigend wirken. Anzuführen ist weiter, dass anlässlich dieser Verhandlungen zwei Stolpersteine konsequent vermieden wurden, nämlich: Geschwindigkeit mit Hast zu verwechseln, indem man sich einen ehrgeizigen, aber realistischen Zeit-



Pierre Weiss

plan gesetzt hat, und die derzeitigen wie zukünftigen Veränderungen in der politischen Landschaft nicht in Betracht zu ziehen. Zusammenfassend möchte ich, als wahrscheinlich letzter Präsident der LPS, noch einmal betonen, dass der zurzeit laufende Prozess nicht nur von seiner Methode, sondern auch von seinem ganzen Konzept her beispielhaft ist. Wir wollen in diesen emotionsgeladenen Zeiten die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ansprechen, und zwar diejenigen, die traditionell unsere beiden Parteien wählen, diejenigen, die begreifen oder wieder begreifen werden, dass in der Politik der Weg des Verstandes demjenigen der Leidenschaft vorzuziehen ist, diejenigen, die sich bis jetzt von der Politik ferngehalten haben und schnell überzeugt sein werden, dass die einzig wahre liberale Partei besser ist als jede Kopie, sowie all diejenigen, die sich dafür entscheiden werden, ihre Stimme der «grössten jungen Partei» zu geben.

Delegiertenversammlung in Neuenburg

Samstag, 13. September

Programm

10.15

Begrüssung

Roland Debély, Regierungsratspräsident NE

Rede des Parteipräsidenten

Nationalrat Fulvio Pelli, Präsident FDP Schweiz

Rede des Bundespräsidenten

Pascal Couchepin

Der bilaterale Erfolgsweg

Weshalb der bilaterale Weg so erfolgreich ist

Johann Schneider-Ammann, Nationalrat BE

Die Bedeutung der Personenfreizügigkeit aus europäischer Sicht

Dirk Niebel, Abgeordneter und arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, Generalsekretär der FDP

Podiumsdiskussion

- Prof. Dr. Roman Boutellier, ETH Zürich
- Dr. Christoph Lindenmeyer, Schindler, Mitglied Konzernleitung
- Dieter Grossen, a. Vizedirektor Bundesamt für Migration
- Jean-Daniel Gerber, Staatssekretär Seco
- Suzana Zankova, Associate Director einer Grossbank

Moderation: Filippo Leutenegger, Nationalrat ZH
Diskussion und Parolenfassung

Kalte Progression

Johann Schneider-Ammann

Verabschiedung Resolution

Energiepolitische Investitionsanreize

Ausgangslage

Hugues Hiltbold, Nationalrat GE, Leiter Task-Force Umwelt

Präsentation der Massnahmen

Philipp Müller, Nationalrat und Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK)
und
Filippo Leutenegger, Nationalrat und Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK)

Diskussion und Verabschiedung der energiepolitischen Investitionsanreize

Verabschiedung

PLR Neuenburg

14.15

Ende der Delegiertenversammlung



Bild: Schweiz Tourismus, Stephan Engler

Weil die Schweiz nicht an der Grenze aufhört!

Es ist der 2. August. Ich lese die verschiedenen Ansprachen unserer Politiker zum Geburtstag der Schweiz und stelle fest, dass kaum ein Redner um ein Thema herumkommt: Die Schweiz wird immer internationaler. Selbst jene Exponenten, die den «Willen zur Unabhängigkeit» und die «Souveränität der Schweiz» beschwören, reagieren damit auf die immer intensivere Vernetzung unseres Landes mit dem Rest der Welt und belegen so diese Tatsache.

Geredet wird von verstärkten Beziehungen zur Europäischen Union, von globaler Solidarität und Mitverantwortung, von Öffnung gegenüber der Welt.

Diesen Forderungen kommt unser Land politisch auf den verschiedensten Ebenen nach. Als junges und aktives Mitglied bei den Vereinten Nationen lässt die Schweiz ihre Stimme hören. In bilateralen Abkommen zu vielfältigen Fragen regelt sie die Beziehungen mit Partnerstaaten. An Konferenzen und in Konfliktsituationen werden ihre Dienste und Erfahrungen als Mediatorin genutzt und geschätzt.

Aber nicht nur Politiker bewegen sich auf der internationalen Bühne. Wirtschaftlich ist die Schweiz schon längst mit der Welt verwachsen und verdankt diesem Umstand auch den Erfolg. Laut dem Präsidenten des Wirtschaftsdachverbandes *economiesuisse*, Gerold Bühler, gehört die Schweizer Wirtschaft zu den Gewinnern der Globalisierung.

Rolle im Ausland

Immer mehr unserer Landsleute, etwa 10% der Bevölkerung, leben ausserhalb der Landesgrenze. Bundespräsident Pascal Couchepin begrüsst die 670 000 Auslandschweizer in seiner 1.-August-Ansprache als «eindrückliche Legion potenzieller Botschafter». Durch ihre Tätigkeit und ihr Engagement auf wirtschaftlichem, kulturellem und sozialem Gebiet tragen sie bei zum nach wie vor überaus günstigen Ansehen der Schweiz im Ausland.

Die Gründe für den Wegzug ins Ausland sind vielfältig. Früher fiel



Die Schweiz hört nicht an der Grenze auf.

Bild: Keystone

der endgültige Entscheid oft aus wirtschaftlicher Not. Mit Pioniergeist und harter Arbeit haben Auswanderer neue Existenzen aufgebaut und in eigentlichen Kolonien besonders in Nord- und Südamerika die eidgenössischen Traditionen am Leben gehalten. Heute kennen wir vor allem die Auslandschweizer auf Zeit, die für Unternehmen und Institutionen oder aber zur Ausbildung einen Lebensabschnitt im Ausland verbringen. Alle tragen ein Stück Schweiz in die Welt hinaus, und viele kehren mit einem neuen Verständnis für die Heimat zurück.

Erfahrungen im Ausland

Die Erfahrungen im Ausland und die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen lehren, dass es nebst dem eigenen und für richtig angesehenen Weg immer auch Alternativen gibt. Hier ein Beispiel, das für mich als ehemalige Lehrerin und Mutter zweier Töchter besonders erleuchtend war: Noch in der

Schweiz habe ich stets, etwas unkritisch vielleicht, das schweizerische Schulsystem – relativ späte Einschulung, unregelmässige Stundenpläne usw. – als gegeben und sinnvoll erachtet und verteidigt. An der Internationalen Schule in Shanghai und später an der Schule meiner Töchter in den USA habe ich dann die dreijährigen Knirpse gesehen, wie sie stolz, fast hinter ihrem Rucksack verschwindend, wie die Grossen morgens zum spielerischen Unterricht anrücken und im Laufe des Nachmittags wieder abgeholt werden. Und nicht nur das, die Kinder tragen Schuluniformen oder folgen wenigstens strengen Bekleidungs Vorschriften. Wöchentliche Schulversammlungen, bei denen die Eltern willkommen sind, bieten ganzen Klassen oder einzelnen Schülern die Gelegenheit, ihre Arbeiten zu präsentieren, und besondere Leistungen einzelner Studenten werden gewürdigt. Wenn dieses Modell für Millionen von Schülern in Asien und Amerika funktioniert, könnte es ja auch in der Schweiz nicht so falsch sein. Ich plädiere hiermit nicht für einen unbedachten Systemwechsel, sondern für mehr Offenheit und die Bereitschaft zu akzeptieren, dass wir vielleicht von anderen auch etwas lernen können. (Umgekehrt habe ich nicht mehr so viel Verständnis für den Vorwurf, schweizerische Steuererklärungen seien so kompliziert, seit ich dieses Frühjahr ein dickes Couvert mit 41 – einundvierzig! – Blättern an das US Treasury Department eingereicht habe!)

Die Auslandschweizer tragen also nicht nur ein Stück Schweiz in

die Welt, sie können genauso gut ein Stück Welt in die Schweiz bringen. Genau das haben die politischen Parteien spätestens vor den letztjährigen Parlamentswahlen erkannt und eine Rekordzahl von Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt. Die FDP Schweiz International ist mit sechs Bewerbern auf eigenen Auslandschweizer-Listen angetreten (zwei im Kanton Schaffhausen, vier im Kanton Zürich), die im interparteilichen Vergleich überdurchschnittlich gute Resultate erzielt haben. Gereicht für einen Sitz im Parlament hat es keinem, und es wird viel diskutiert, ob und in welcher Form eine direkte Vertretung der fünften Schweiz sinnvoll ist. Was aber einer Partei, die sich fortschrittlich und weltoffen nennt, auf jeden Fall gut ansteht, sind der Dialog und der Austausch mit politisch Interessierten im Ausland. Die FDP Schweiz International vertritt die Anliegen und Interessen der Auslandschweizer in der Partei und im Parlament. Mit dem Auslandschweizer-Preis hat sie auch ein hervorragendes Mittel gefunden, auf das vielseitige Wirken von Landsleuten im Ausland aufmerksam zu machen. Als weitere Profilierungsmöglichkeit sähe ich, die Partei auf innovative Weise auch zu einer Plattform für Gedanken- und Ideenaustausch mit den Mitgliedern weltweit werden zu lassen. Ich begrüsse daher jegliche Vorstösse in dieser Richtung und wünsche, dass es gelingt, mehr und aktivere Mitglieder für die Mitgestaltung der Partei zu gewinnen.

Helen Freiermuth, Kanada

FDP Vereinigung Öffentlicher Dienst

Nach der personellen Umstrukturierung im Januar 2008 will die FDP Öffentlicher Dienst heute die nächste Person aus dem aktuellen Vorstand porträtieren. Andreas Gertsch ist seit der letzten GV als Kassier für 2 Jahre gewählt.

Andreas Gertsch, Luterbach SO

Lebenslauf

Andreas Gertsch wurde am 15. Oktober 1957 in Saanen (BE) geboren. Nach einem kaufmännischen Lehrabschluss arbeitete Andreas Gertsch während rund zehn Jahren in der Privatwirtschaft.

Eine berufliche Neuorientierung führte ihn anschliessend zur Eidg. Steuerverwaltung (ESTV). Die Ausdiensttätigkeit bei der ESTV vermittelte ihm einen Eindruck davon, was es heisst, am Markt als Unternehmer sein Geld zu verdienen.

Berufsbegleitend schloss Andreas Gertsch die Weiterbildung zum dipl. Buchhalter/Controller SIB sowie anschliessend zum Executive Master of Controlling ab.

Inzwischen arbeitet er als Revisionsexperte bei der Eidg. Finanzkontrolle. Diese ist als oberstes Finanzaufsichtsorgan des Bundes unabhängig, politisch neutral und nur dem Gesetz verpflichtet. Ihr Ziel ist es, das Finanzgebaren der Bundesverwaltung zu prüfen.

Zusätzlich zum beruflichen Engagement ist Andreas Gertsch in der Erwachsenenbildung als Dozent und Prüfungsexperte auf dem Gebiet des Rechnungswesens aktiv. Er bezeichnet dies als zusätzliches Hobby.

Warum ich freisinnig bin

Weil ich dem liberalen Gedankengut nahestehe und es schätze, gemeinsame Interessen zu pflegen.

Mein Motto

Der Mensch hat dreierlei Wege, klug zu handeln: 1. durch Nachdenken, das ist der edelste, 2. durch Nachahmen, das ist der leichteste, und 3. durch Erfahrung, das ist der bitterste.



Zurzeit sind in unserer Vereinigung einige Schwergewichtsthemen aktuell; zwei sollen im Vordergrund stehen: Zum einen handelt es sich um die Mitgliedschaft in der Sozialpartnerschaft, zum andern um die Kassenkommission der PUBLICA. Die Teilnahme an der Sozialpartnerschaft des Bundes ist ein seit 2006 hängiges Geschäft. Es ist unser angestrebtes Ziel, so rasch wie möglich in diesen Gremien Einsitz zu nehmen. Unsere Absicht ist, im Sinne des liberalen Bundespersonals ein fairer Verhandlungspartner des Vorstehers des EFD zu werden. Unserer Strategie und unserem Naturell verpflichtet geben wir nicht auf; auch wenn noch einige Hindernisse zu überwinden sind.

Die FDP-VöD ist sich bewusst, dass diese Mitgliedschaft ein gewisser Hochseilakt ist. Einerseits sind unsere Mitglieder Arbeitnehmer der Bundesverwaltung. Andererseits sind sie aber auch in Positionen, in welchen sie die Interessen des Arbeitgebers zu vertreten haben.

Die Teilnahme an der Kassenkommission der PUBLICA ist ein Geschäft, welches der Vorstand im Zuge seiner neuen Zusammensetzung aufgenommen hat. Auch hier scheint die Mitgliedschaft mit mehreren Hindernissen versehen zu sein. Über das weitere Vorgehen werden wir unsere Mitglieder zur gegebenen Zeit selbstverständlich orientieren.

Im Weiteren ist die FDP Vereinigung Öffentlicher Dienst daran, beim Projekt «Addressix» der FDP Schweiz mitzumachen. Es geht im Besonderen darum, dass die gesamte Adressverwaltung über einen zentralen Datenstamm abgewickelt werden kann.

Ebenso ist man bestrebt, in die laufende Diskussion um die Gründung einer neuen Partei im Rahmen der Fusion der FDP mit der Liberalen Partei Einfluss zu nehmen.

Unser Ziel ist es, mit der damit verbundenen Statutenrevision so anerkannt zu werden, dass wir den Status einer Kantonalpartei erhalten.

Möchten Sie Mitglied werden?

Sind Sie liberal denkend? Sind Sie eventuell sogar in einer FDP-Ortspartei? Arbeiten Sie im öffentlichen Dienst? Sind Sie an einer Mitgliedschaft interessiert? Rufen Sie Herrn Beat H. Schlatter an (079 582 39 20) oder finden Sie unter www.fdp-od.ch das entsprechende Anmeldeformular.

Veranstaltungskalender 2008

Montag, 15. September 2008, 18.00 Uhr

Treffen mit Bundesrat Hans-Rudolf Merz im Bernerhof, Bundesgasse 3 in Bern. Programm: 18.00: Eintreffen der Gäste. 18.15: Rundgang und Führung in Gruppen, organisiert durch Max Hauser, Kommunikation GS-EFD. 19.15: Vortrag durch Bundesrat Merz mit Fragerunde (je nach Teilnehmerzahl im Leuchtersaal oder im Bankettsaal mit Konzertbestuhlung). 20.00: Apéro in den Salons offeriert durch Bundesrat Merz. Achtung: Bitte frühzeitig anmelden, die Platzzahl ist beschränkt. Es findet eine Zutrittskontrolle statt, bitte Ausweis mitnehmen.

Mittwoch, 22. Oktober 2008, 16.00 Uhr

Stadtführungen von www.stattland.ch. Treffpunkt: 15.30 Uhr. Start des Rundgangs beim Treffpunkt im Bahnhof Bern. 18.00 Uhr: anschliessender Apéro. Referenten und Schauspieler von www.stattland.ch. Das Programm wird zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben.

Donnerstag, 6. November 2008, 18.15 Uhr

Generalversammlung 2008. Treffpunkt: Restaurant Zunft zu Webern, Gerechtigkeitsgasse 68, 3011 Bern

Prävention ist gefragt!

Am 30. November stimmen wir über zwei Vorlagen zur Schweizer Drogenpolitik ab. Die Hanfinitiative fordert die Legalisierung des Konsums und des Eigenanbaus von psychoaktiven Substanzen der Hanfpflanze sowie den Ausbau des Jugendschutzes. Die Revision des Betäubungsmittelgesetzes beinhaltet als wichtigsten Punkt die gesetzliche Verankerung der 4-Säulen-Politik des Bundes.

Von **Felix Gutzwiller**,
Ständerat ZH

Anfang der 90er Jahre stellte die offene Drogenszene in den Augen der Öffentlichkeit eines der brennendsten Probleme der Schweiz dar. Die daraus entstandene 4-Säulen-Politik des Bundes hat sich bisher bewährt: Sie beinhaltet die Aspekte Prävention, Therapie, Überlebenshilfe und Repression. Mit zwei Massnahmenpaketen trug der Bund dazu bei, die soziale und gesundheitliche Befindlichkeit der Abhängigen zu verbessern. Die Zahl der HIV-Infektionen und der Drogentodesfälle konnte gesenkt werden. Die Beschaffungsdelikte wie auch die offenen Drogenszenen sind seither zurückgegangen.

Die FDP hat ihre Haltung zur Drogenpolitik im Rahmen der damals offenen Drogenszenen zu einem frühen Zeitpunkt festgelegt: Wichtigstes drogenpolitisches Ziel ist es, den Missbrauch von Drogen und insbesondere den Einstieg in die illegalen Drogen zu bekämpfen sowie die Nachfrage nach Drogen möglichst gering zu halten. Dies erfolgt am wirksamsten durch eine breite, gut angelegte und flächendeckende Präventionsstrategie. Grundsätzlich ist es fragwürdig, den Drogenkonsum in den eigenen vier Wänden zu kontrollieren. Betäubungsmittelkonsum ist primär als physische und psychische Krankheit und nicht als strafbare Handlung zu sehen. Gerade bei Verzeigungen gegen Jugendliche kann dies kontraproduktiv sein. Selbstbestimmung und Eigenverantwortung sollen im Zentrum stehen.



Felix Gutzwiller

Abstimmungsvorlage Betäubungsmittelgesetz (BetmG)

2004 scheiterte ein erster Versuch, das Betäubungsmittelgesetz zu revidieren. Daraufhin unternahm die nationalrätliche Kommission einen neuerlichen Anlauf. Ziel war es, die mehrheitsfähigen Elemente der gescheiterten Revision aufzunehmen sowie eine rechtliche Konsolidierung der heute geltenden 4-Säulen-Politik des Bundes zu erreichen. Aufgrund des von der SVP und der EDU ergriffenen Referendums werden wir über die Revision des BetmG nun abstimmen müssen.

Im BetmG wird ein Zweckartikel eingeführt, der explizit das Ziel der Abstinenz erwähnt. Neben der gesetzlichen Verankerung der erfolgreichen 4-Säulen-Politik wird grosses Augenmerk auf die Prävention und den Jugendschutz gelegt. Die Gefährdungsmeldung wird ausgeweitet. Zudem ist vorgesehen, die Strafbestimmungen bei der Abgabe von Betäubungsmitteln zu verschärfen. Die praktizierte heroingestützte Behandlung, die heute in einem befristeten Bundesbeschluss geregelt ist, wird definitiv

ins neue BetmG übertragen. Die Frage des Cannabis (Konsum, Anbau und Handel) wird in der vorliegenden BetmG-Revision explizit ausgeklammert; erlaubt ist lediglich die beschränkte Verschreibung von Betäubungsmitteln des Wirkungstyps Cannabis und von anderen Betäubungsmitteln als Wirkstoff in Medikamenten.

Volksinitiative «für eine vernünftige Hanfpolitik mit wirksamem Jugendschutz» – «Hanfinitiative»

Der Entscheid zur Lancierung der Hanfinitiative beruht auf dem Scheitern der Betäubungsmittelgesetz-Revision im Nationalrat 2004, welcher zweimal auf Nichteintreten plädierte. 2006 wurde die Hanfinitiative eingereicht. Im Verlaufe der Diskussionen in den Kommissionen wurde ein freisinniger Vorschlag für die Erarbeitung eines indirekten Gegenvorschlags von der nationalrätlichen Kommission knapp verworfen. Die ständerätliche Kommission hingegen hatte im Grundsatz einem indirekten Gegenvorschlag zugestimmt. Zur Abstimmung gelangt somit die Hanfinitiative ohne Gegenvorschlag. In der Schlussabstimmung sprach sich der Nationalrat klar, der Ständerat sehr knapp zu ungunsten der Hanfinitiative aus. Im vergangenen Juni fasste die FDP an der Delegiertenversammlung in Olten knapp die Ja-Parole.

Die Initiative fordert den straffreien Konsum von Cannabis sowie Besitz und Erwerb für den Eigenbedarf. Der Bund wird aufgefordert, Vorschriften über Anbau, Herstellung, Ein- und Ausfuhr sowie Handel mit Cannabis zu erlassen. Des

Weiteren legt die Initiative grossen Wert auf den Ausbau des Jugendschutzes. Die Werbung für psychoaktive Substanzen der Hanfpflanze ist verboten. Skeptiker betonen, dass die Hanfinitiative ein falsches Signal für die Jugend setzt. Zudem wird befürchtet, dass bei einer Annahme die Schweiz zum Magnet für Konsumierende und Händler aus ganz Europa werden könnte.

Grundsätzlich bedeutet das Ja zur Hanfinitiative kein Bruch mit der freisinnigen Drogenpolitik. Die FDP ist der Meinung, dass der Jugendschutz als wichtige Präventionsmassnahme nur über die Entkriminalisierung durchgesetzt werden kann. Das jetzige Verbot von Cannabis zeigt offenbar nicht die erhoffte Wirkung: Der Konsum stabilisiert sich seit Jahren auf hohem Niveau. Erfahrungswerte zeigen, dass der Cannabis-Missbrauch nicht effektiv und zweckmässig durch die Polizei geahndet werden kann. Durch die Entkriminalisierung des Eigenkonsums und des Eigenbesitzes von Cannabis werden Polizeikräfte und die Justizbehörde auf sinnvolle Art und Weise entlastet. Die freiwerdenden Ressourcen von Polizei- und Strafverfolgungsbehörden können so für nützlichere Aktivitäten eingesetzt werden.

Parole

Die Delegierten haben anlässlich der Delegiertenversammlung in Olten zu beiden Vorlagen folgende Parole gefasst:

JA

Offroader und Vernunft

Ist es vernünftig, einen Offroader zu fahren? Zugegeben, meistens wohl nicht. Doch jeder sollte sich, bevor er selbstgerecht über das Handeln seiner Mitmenschen urteilt, die Frage stellen, ob sein eigenes Handeln stets vernünftig ist.

Ist es vernünftig, eine Motorradtour über drei Alpenpässe zu unternehmen oder in den Urlaub zu fliegen, obwohl zu Hause die Sonne scheint? Wohl kaum. Oder ist es vernünftig, ein unnötig grosses Eigenheim zu bewohnen oder im Winter sein Schlafzimmerfenster offen zu lassen? Eher nicht. Wie vernünftig ist es, seine Wohnung auf mehr als 20 Grad Celsius zu heizen und abends noch ein Feinstaub produzierendes Cheminéefeuer zu entfachen? Nicht sehr vernünftig. Ist es vernünftig, sich in den Bergen eine beheizte Zweitwohnung zu gönnen oder seine Kinder zur Schule zu fahren? Sehr fraglich. Beispiele für unser unvernünftiges Handeln gibt es zu Tausenden.

Doch wieso stürzen sich die Grünen nicht auf die wirklich grossen Umweltprobleme, sondern haben sich Offroader und Sportwagen ausgesucht, die im absoluten Vergleich zu allen übrigen Verkehrsmitteln erwiesenermassen einen marginalen Teil der Umweltbelastung ausmachen? Ganz einfach, teure Offroader können sich nur die wenigsten leisten. Eigentlich so genial wie heuchlerisch – man kann mit reinem Gewissen für das Verbot der unvernünftigen Offroader sein, dabei gönnt man eigentlich dem Nachbarn seinen roten Sportwagen nicht. Natürlich trifft dies nicht auf alle Offroadkritiker zu, aber dieses versteckte Motiv ist für grüne Politiker wohl zu verlockend.

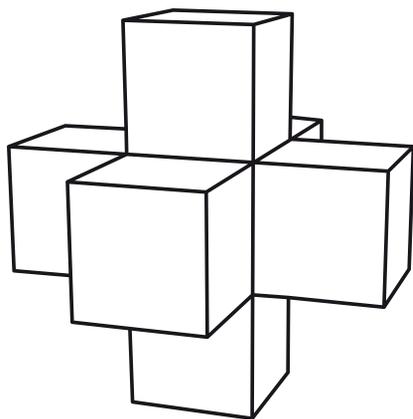
Wer also »unvernünftigerweise« Wochenendfahrten unternimmt, im Winter bei offenem Fenster schläft oder seine Wohnung auch nur 1 Grad Celsius überheizt, der sollte zuerst sein Verhalten hinterfragen, bevor er Offroader kritisiert.

Letztendlich geht es darum, ob wir noch eine liberale Gesellschaft sind oder nicht. Können wir es noch ertragen, wenn unser Nachbar nicht die gleichen Ziele oder Vorlieben hat, oder wollen wir ihm ständig vorschreiben, was er zu tun hat? Ich bin zuversichtlich, dass es den meisten Leuten, wenn sie sich über diesen Punkt klar werden, besser in einer liberalen Gemeinschaft als in einer totalitären Spiessbürgergesellschaft gefällt.

Nils Leuzinger, alt KR FDP, Pfäffikon SZ

Schreiben Sie uns:

FDP Schweiz
Redaktion «Freisinn»
Postfach 6136
Neuengasse 20
3001 Bern
gnaegi@fdp.ch



Die arabischen Medien und ihr Einfluss auf das arabische Bild des Westens und der westlichen Kultur



Ich bin arabischen Ursprungs und wohne seit 1993 in der Schweiz. Dies ist ein Versuch, die Kluft zwischen der arabischen und der westlichen Kultur zu verringern und die Gründe für diese aufzuzeigen.

Grosse Teile der Araber sind politisch stark eingeschränkt. Dafür gibt es viele Gründe. Einer davon ist die mangelnde Freiheit in der Gesellschaft. Dies erschwert die eigene Meinungsbildung. Die vorherrschende Meinung ist diejenige des Staates. Diese wird von den Medien, welche vom Staat kontrolliert werden, adoptiert und der Bevölkerung eingetrichtert. Die Leute sind für die Botschaften der Medien sehr empfänglich. Die Ideen des Staates werden unter dem Deckmantel der Religion und einer höchst fragwürdigen Politik unter die Bevölkerung gebracht.

Viele arabische Medien versuchen vehement, einen Keil zwischen die arabische und die westliche Kultur zu treiben. Nur zu gerne heben sie die Unterschiede der zwei Kulturen hervor und stellen dieselben als Kontrahenten dar. Vor einigen Tagen habe ich eine sogenannte erzieherische Sendung auf einem arabischen Sender gesehen. Der Moderator kritisierte eine Folge des Zeichentrickfilms »Tom und Jerry«, namentlich die unwürdige Darstellung der Engel. Diese habe einen negativen Einfluss auf das religiöse Gedankengut der Kinder. Ich selber habe diese Folge in meiner Kindheit gesehen, und sie hinterliess im Gegensatz zu den Behauptungen des Moderators nur Positives, das in keiner Art und Weise den religiösen und gesellschaftlichen Vorstellungen, mit denen wir aufwachsen, widersprach.

Um den negativen Einfluss gewisser arabischer Medien zu verringern, müssen sich die arabischen Pädagogen und Autoren auf Schulbücher, Kinderbücher usw. mit mehr »Freiheit« konzentrieren, um zu ermöglichen, dass eine neue Generation heranwächst, welche frei und logisch denken kann – ohne Einschränkungen und ohne Vorgaben seitens der Eltern oder des Staates. Eine Generation, die ihre eigenen Gedanken haben und daran auch glauben darf, frei von der Kontrolle des Staates.

Nicht ausser Acht lassen möchte ich zum Schluss die unabhängigen arabischen Sender, die sich stets bemühen, Verbindungen herzustellen und Brücken der gegenseitigen Toleranz und des Verständnisses zu bauen. Es sind dies die Sender, welche das Gegenüber als würdigen Partner zur Schaffung einer sicheren und stabilen Welt betrachten.

Frau Bushra Mahdi, Bonaduz



Liberales Komitee – Ja zu einer besseren Schulbildung

Eine exzellente Aus- und Weiterbildung ist ein Schlüsselfaktor für die Schweiz. Als kleine, offene Volkswirtschaft müssen wir zu den Klassenbesten gehören. Nur so können hoch qualifizierte Arbeitsplätze in der Schweiz gesichert und geschaffen werden. HarmoS ist ein wichtiges Projekt zur Verbesserung der staatlichen Volksschule und damit zur Verbesserung der Ausbildung der Kinder. Dadurch erhalten die kommenden Generationen mehr Chancen für die Gestaltung ihrer Zukunft. HarmoS bringt Transparenz dank Vergleichbarkeit der Leistungen.

Das Liberale Komitee «Ja zu einer besseren Schulbildung» setzt sich für die rasche Umsetzung von HarmoS in allen Kantonen ein. Das Komitee wehrt sich gegen Vertreter der Wohlfühl-Pädagogik und einer anti-qualifizierten Bildungspolitik, welche die Verbesserung der Schulen verhindern wollen. In Kantonen, in welchen das Referendum gegen HarmoS ergriffen wurde, unterstützt das Komitee aktiv die Befürworterinnen und Befürworter der sinnvollen und dringend notwendigen Reform.

Alle Informationen zu HarmoS finden Sie auf www.fdp.ch/harmos

Integration schafft Sicherheit – Chancen nutzen und Probleme verhindern

Die FDP fordert, dass die Integrationspolitik zu einem nationalen Kernthema wird. Eine erfolgreiche Integrationspolitik schafft Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft, und sie ist eine wirksame Gewaltprävention. Die FDP fordert deshalb ein nationales Integrationsrahmengesetz, kantonale Integrationsgesetze und den Einbezug der Ausländerorganisationen in die lokale Integrationsarbeit.

Eine erfolgreiche Integrationspolitik ist nachweislich ein wichtiger Beitrag zu einer sicheren Schweiz. Aus diesem Grund will die FDP, dass die Integrationsanstrengungen forciert werden. Durch Fordern und Fördern sollen ausländische Personen besser integriert werden. Das wirkt sich positiv auf die Sicherheit und den Arbeitsmarkt aus. Integration muss zu einer staatlichen Kernaufgabe werden. Damit dies erreicht werden kann, hat die FDP drei Forderungen:

1. Die Schweiz braucht ein nationales Integrationsgesetz, welches verbindliche Standards setzt. Das Parlament muss den entsprechenden Vorschlag der FDP umsetzen.

2. Auf kantonaler Ebene sind Integrationsgesetze einzuführen und durchzusetzen. Beispiele aus den Kantonen Baselland, Waadt und Neuchâtel zeigen, dass die Integrationsarbeit auf kantonaler Ebene mit solchen Gesetzen erleichtert wird.

3. Die Ausländerorganisationen müssen besser in die Integrationsarbeit einbezogen werden. Kantone und Gemeinden sollen mit diesen zusammen Integrationsprojekte realisieren (z. B. Sprachkurse, Integrationskurse). Eine interne Umfrage der FDP hat gezeigt, dass die Ausländerorganisationen viel zu wenig einbezogen werden. Dabei könnten gerade sie eine wichtige Brückenfunktion wahrnehmen.

Inflationsspirale vermeiden

Weltweit steigen die Preise. Auch in der Schweiz droht eine Inflationsspirale. Die FDP kämpft dagegen an mit konkreten Massnahmen. Die wichtigste Massnahme ist der sofortige Ausgleich der kalten Progression. Alle Bürgerinnen und Bürger werden damit insgesamt über 500 Millionen Franken weniger Steuern zahlen. Profitieren wird vor allem der Mittelstand. Die FDP verlangt zudem steuerliche Massnahmen, um die energetische Sanierung von Gebäuden zu fördern.



Integration soll zum nationalen Thema werden.

Bild: Keystone

Nicht gegen die Umwelt!

Vorab Juristen behaupten, Demokratie, Recht und Verbandsbeschwerde seien ein sich wechselseitig bedingendes Dreigespann. Ich, ebenfalls Jurist und Verbandsbeschwerde-Verfahren aus eigener Praxis kennend, habe eine klar andere Meinung. Die «Drei-Gespann-Theorie» ist fundamental falsch.

**Von Rolf Schweiger,
Ständerat ZG**

Zwar weiss auch ich, dass viele demokratische Entscheide von Volk und Parlamenten Belange des Rechts, auch des Umweltrechts, berühren. Solche Umweltrechtsaspekte haben Gegenstand politischer Diskussionen zu sein. Dass an solchen Diskussionen auch Umweltverbände teilnehmen sollen, ist selbstverständlich. Ich gehe sogar so weit (und habe das in der zuständigen Subkommission des Ständerates auch beantragt), dass vor demokratischen Entscheiden Verbände befugt sein sollen, förmlich Einsprachen erheben zu können. Deren Inhalt und die behördlichen Stellungnahmen hierzu sind Stimmbürgern und Parlamenten vor Abstimmungen transparent bekanntzumachen. Dann aber, wenn demokratisch entschieden wurde, haben Verbandsbeschwerden tabu zu sein.

Mit einer gewissen Bösartigkeit werfen Umweltverbände, gewisse Medien und deren Gefolgsleute wider besseren Wissens der FDP vor, mit ihrer Haltung den Pfad der Rechtsstaatlichkeit zu verlassen. Ihre Argumentation: Auch demokratisch gefällte Entscheide hätten dem Recht zu entsprechen; Recht gehe vor. Meine Antwort: richtig, richtig und nochmals richtig.

Auch bei Annahme der Initiative ist Rechtsstaatlichkeit gewährleistet. Gesetzlich ist nämlich klar geregelt, dass nebst kantonalen Exekutiven auch das Bafu (früher Buwal) gegen gemeindliche und kantonale Volks- und Parlamentsentscheide Beschwerde erheben und diese bis ans Bundesgericht weiterziehen können. Als über-



Rolf Schweiger

zeugter Verfechter des Rechtsstaates ist es meine durch nichts zu erschütternde Überzeugung, dass allein dies richtig ist. Es darf nicht die Sache zufällig zusammengewürfelter, politisch niemandem verantwortlicher Organisationen sein, Initialzündungen für Beschwerden gegen demokratisch gefällte Entscheide geben zu dürfen und dabei gerade auch noch selbst die öffentlichen Interessen zu vertreten. Dies muss Sache des Staates und seiner Behörden sein. Ich sehe beim besten Willen nicht ein, warum zum Beispiel der VCS weiterreichende Befugnisse haben soll als bei Planungen und Projekten im Bereich der Menschenrechte Amnesty International, im Fiskalbereich der Bund der Steuerzahler

und im Sozialwesen die Pro Mente Sana.

Deshalb meine klare Meinung:

1. Ihr Beschwerderecht ist für die Verbände Druckmittel. Wissend, dass durch Beschwerden unendlich viel Zeit verloren geht, vermögen Verbände einen faktischen Zwang zu Verhandlungen bewirken. So ist es nicht mehr der Staat, der über öffentliches Recht und öffentliche Interessen verhandelt und bestimmt. Vielmehr gelingt es Verbänden durchzusetzen, was ihres (und nur ihres) Erachtens Recht zu sein hat. So hat der faktische Zwang zum Nachgeben bewirkt, dass in der Schweiz eine Unzahl von Bedingungen, Massnahmen und Projektänderungen akzeptiert werden

mussten, die weit über das hinausgehen, was gegolten hätte, wenn staatliche Behörden Beschwerde geführt hätten. Ein Staat aber, der Privatorganisationen Verfahrensrechte als Druckmittel gibt, um mehr zu erreichen, als das Recht vorsieht, ist nicht mehr ein klassischer Rechtsstaat.

2. Sind nur Behörden beschwerdeberechtigt, verlaufen Verfahren nicht mehr wie heute ausufernd und überdehnt, sondern auf das Wesentliche fokussiert. Das Bafu ist nicht einem illusionären Maximum, sondern dem rechtlichen Optimum verpflichtet.

3. Auch die Initiative Hoffmann, deren Umsetzung ich als damaliger Präsident der Rechtskommission leitete, löst das zentrale Problem nicht. Den Verbänden bleibt das Druckmittel, auf dem Verhandlungsweg das Recht überschüssende Ziele zu erreichen. Folge hiervon: Das Akzeptierenmüssen von Forderungen verhindert, demokratisch legitimierte Projekte zeitgerecht zu realisieren.

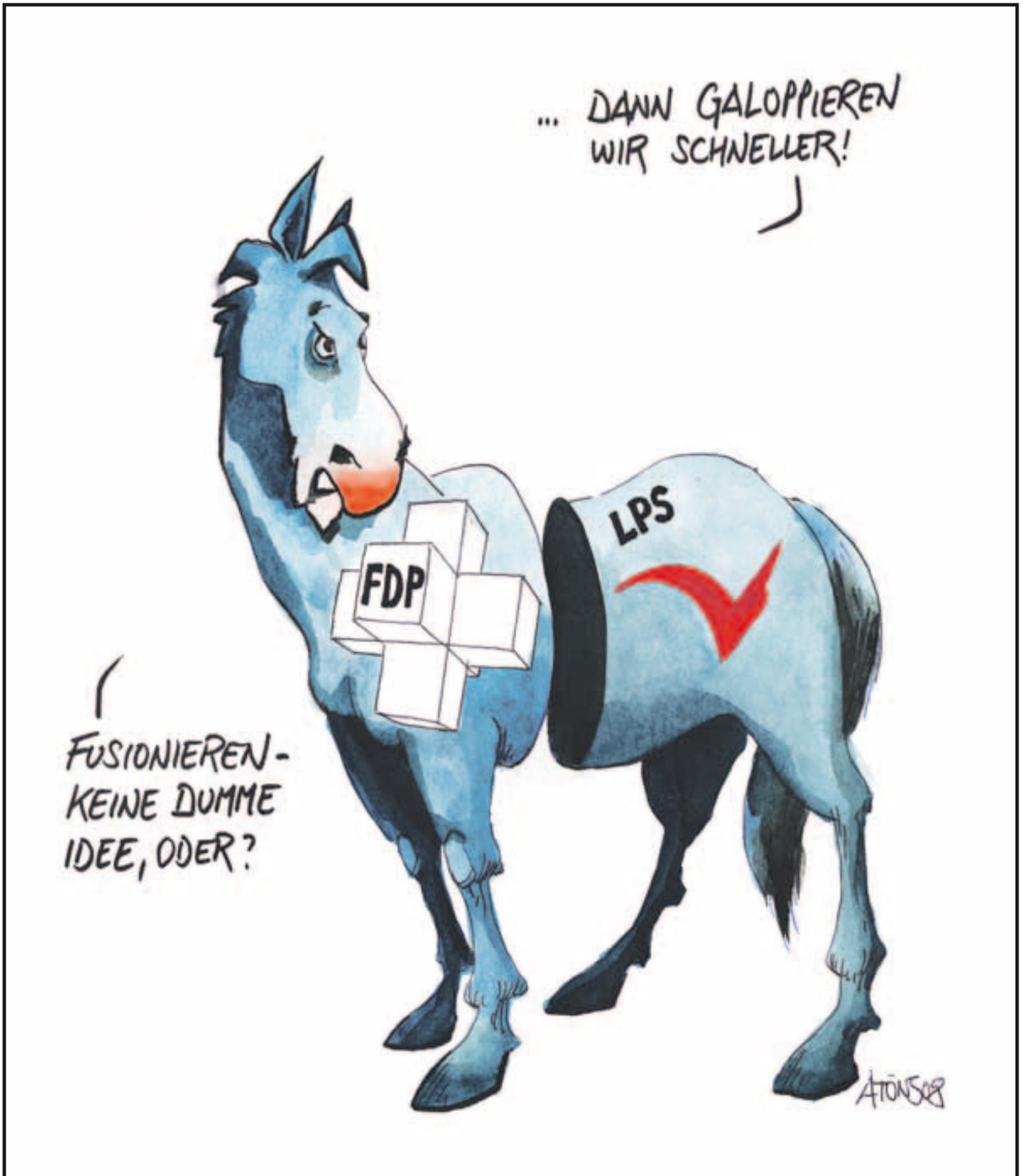
Wer der FDP-Initiative zustimmt, ist kein Gegner der Umwelt, vielleicht sogar eher das Gegenteil.

Die Umwelt ist zu wichtig, als dass überbordende Gruppierungen sich zu deren Hüterinnen aufspielen dürfen. Demokratie und Rechtsstaat brauchen das Verbandsbeschwerderecht nicht.

Parole

Die Delegierten haben anlässlich der Delegiertenversammlung in Olten zu beiden Vorlagen folgende Parole gefasst:

JA



Freisinnige und Liberale – eine emotionale Verbindung

Vergangenen Februar entschied die Union der Freisinnigen und Liberalen, dass die Zeit für die seit 2001 schrittweise eingeleitete Fusion von FDP und LPS reif ist. Eine paritätische Kommission erarbeite in der Folge neue Statuten auf der Basis der Statuten der FDP. Im Juli wurde an einer Pressekonferenz eine parteiinterne Konsultation dazu eröffnet. Damit beweisen FDP und LPS: Sie sind demokratisch und liberal – die Basis soll mitreden und mitbestimmen!

Mit dem Medienecho wurde ein erstes Ziel erreicht: Die mit Ausnahme von Basel nur indirekt betroffene Deutschschweiz hat die Fusion umgehend zur Kenntnis genommen. Zweitens zeigt die FDP seither Emotionen. Bei der Frage um den Parteinamen gehen die Wellen hoch. Das ist gut so. Noch besser ist: Die Diskussion verläuft konstruktiv.

Den Puls nicht nur über die Medien zu fühlen, war das Ziel der Kadertagung vom 22. August 2008. Die provisorischen Resultate der Konsultation und die Diskussion der Kadertagung zeigen: Die Fusion wird als wichtig und richtig angesehen. Beide Parteien werden als eng verbunden angesehen – meist sind Unterschiede innerhalb einer Partei grösser als jene zwischen den beiden Parteien. Bei den Statuten gab es Verbesserungsvorschläge: So soll das Ergreifen eines Referendums demokratischer abgestützt sein. Hinterfragt wurde auch die Notwendigkeit und Rolle der Geschäftsleitung, wo ein stärkerer Einfluss der Kantonalparteien verlangt wurde.

Zudem konnten einige Grundsatzenfragen geklärt werden:

1. Fusion als Teil der Gesamtstrategie

In den Medien wurde z.T. mehr Inhalt statt Fusionsdiskussion gefordert. Beides lässt sich aber nicht trennen und ist Teil der von den Delegierten im Januar beschlossenen Herausfordererstrategie. So forderte die FDP an der gleichen DV die Bilateralen ohne zusätzliche flankierende Mass-



Pierre Weiss und Fulvio Pelli, Präsidenten der beiden Parteien, sehen der Fusion positiv entgegen.

nahmen und verbaute so der CVP den Kompromiss mit Links. Im April wurden die Kernthemen Arbeitsplätze, nationaler Zusammenhalt und sichere Sozialwerke und der schlanke und bürgernahe Staat festgelegt. Das ist das klarste und einfachste Programm der letzten 15 Jahre: Der Abschwung wird Arbeitsplätze ins Zentrum rücken und die Reform der Sozialwerke dringend machen. Die FDP hat auch hier inhaltliche Arbeit geleistet: Mit dem vorgezogenen Ausgleich der kalten Progression soll der Mittelstand bereits nächstes Jahr über 500 Mio.

Franken mehr im Portemonnaie haben. Und mit dem Gegenvorschlag zur SVP-Ausschaffungsinitiative gehen wir auf die Ängste der Bevölkerung ein, bringen aber eine völkerrechtlich saubere Lösung. Doch Inhalt allein reicht nicht. Wichtig ist auch die Struktur und dort ist die Fusion zentral. Sie ändert unsere Perspektive: Mit 17,7% sind wir klar stärker als die CVP mit 14,5%! In verschiedenen Kantonen werden wir auf kantonaler Ebene zur stärksten Partei. Statt wie 2007 auf die CVP schießen, gilt unser Blick der SP mit ihrer Neiddebatte.

2. Der richtige Zeitpunkt ist jetzt

Für Kantone mit Wahlen im kommenden Jahr kommt die Fusion unpassend. Doch wann ist bei 26 Kantonen der richtige Zeitpunkt? Wohl nie. Der richtige Zeitpunkt ist deshalb möglichst lange vor den nächsten nationalen Wahlen. Damit liegt der Fusionsplan genau auf Kurs.

3. Mitglied wird man automatisch

Die Fusion soll mitgliederfreundlich und einfach sein. Der bürgernahe Staat gilt auch bezüglich der Partei. Kantonalparteien müssen



denn auch keine Mitgliedschaft in der neuen Partei beschliessen. Die Fusion untersteht vielmehr dem Fusionsgesetz, womit die Mitgliedschaft automatisch auf die neue Partei übergeht.

4. Name ist wichtig und richtig

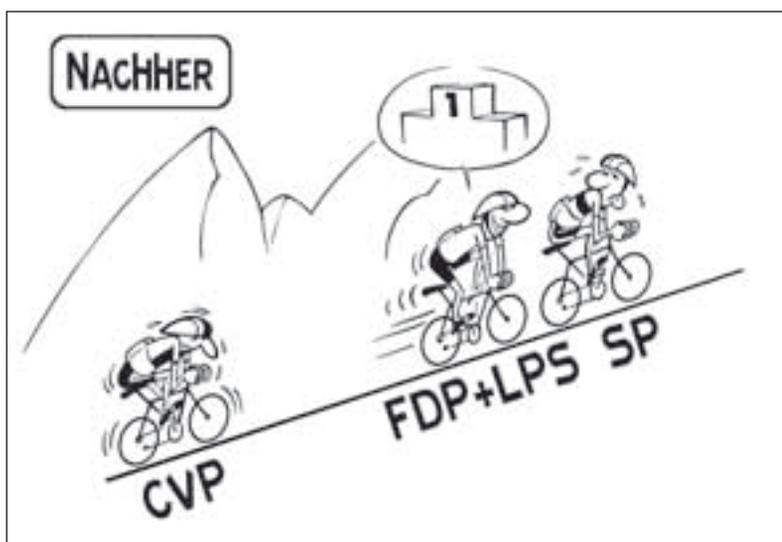
Am meisten Aufmerksamkeit erhält die Namensfrage. Schon der irische Schriftsteller Beckett meinte «Namen sind alles, was wir haben». Wird fusioniert, ist die Namensfrage zu lösen. Unser

Partner ist zwar national kleiner, kantonale aber oft grösser. Die Parteileitung hat deshalb einen pragmatischen und logischen Vorschlag – Freisinnig-Liberale Partei FLP – gemacht. Dieser Vorschlag stösst auf wenig Unterstützung: Erstens wird die Marke FDP aufgegeben. Zweitens ist der Mehrwert von FLP bescheiden: Gemäss Duden ist freisinnig der veraltete Begriff von liberal. Der neue Name wäre somit ein weisser Schimmel. Folgende Trends zei-

gen sich: Die Innerschweiz, jüngere und die Mehrheit der Kommunikationsexperten setzen auf den Begriff Liberal, eine andere starke Gruppe will an FDP festhalten und allenfalls den Zusatz Wir Liberale verstärken. Für die Welschschweiz schliesslich ist die Anpassung des Namens eine Selbstverständlichkeit und in verschiedenen Kantonen wie Neuenburg bereits umgesetzt.

In den kommenden Wochen werden die Parteileitungen die Konsul-

tation auswerten und der Delegiertenversammlung Vorschläge unterbreiten. Ziel wird auch dann eine lebhaftere, emotionale Debatte sein mit einem Ziel: Unsere Partei will drei Jahre nach Gründungsent-scheid im Oktober 2011 erstmals seit über 20 Jahren die Nationalratswahlen wieder gewinnen. Lassen wir andere Parteien streiten, packen wir unsere Chancen!



Partei	(% W-Stimmen)
SVP	28.9
SP	19.5
FDP + LPS	17.7
CVP	14.5

Gemischte Teams in den Verwaltungsräten - ein Erfolgsfaktor

Die Vorteile von durchmischten Teams sind allgemein bekannt, und die Forderung nach einem höheren Frauenanteil in den Geschäftsleitungen und den Verwaltungsräten hören wir seit längerem.

Die Realität sieht jedoch immer noch anders aus. In den Verwaltungsräten von Schweizer Unternehmen ist der Frauenanteil mit 9% sehr bescheiden, und in den Geschäftsleitungen sieht es mit einem Frauenanteil von knapp 10% nicht besser aus. Was tun, um diesen Missstand zu beheben? Mit dem Netzwerk «Get Diversity» haben zwei Unternehmerinnen eine Plattform kreiert, die helfen soll, den Frauenanteil in Verwaltungsräten zu erhöhen.

Die Gründe für den tiefen Frauenanteil sind vielseitig. Gemäss einer Studie der «Handelszeitung» bei 600 befragten Wirtschaftsvertreterinnen sind die möglichen Gründe: ein schwaches Beziehungsnetz, fehlende Akzeptanz und zu tiefe Selbsteinschätzung. Die Frauen stolpern sozusagen über ihre eigenen Klischees. Ein weiterer Grund ist die Vernetzung zwi-

schen Geschäftsleitung und Verwaltungsrat. Verwaltungsräte sind oft ehemalige Geschäftsführer. Da Frauen in den Geschäftsleitungen von Schweizer Unternehmen immer noch eine Minderheit bilden, ist es denn auch nicht weiter verwunderlich, dass nicht mehr Frauen in den Verwaltungsräten zu sehen sind.

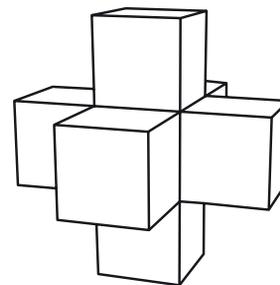
Zudem basiert das altbewährte Auswahlverfahren bei Verwaltungsrats-Mandaten in der Schweiz stark auf privaten Netzwerken und Bekanntschaften. Hier haben Frauen einen entscheidenden Nachteil, da sie zu diesen Netzwerken oft gar keinen Zugang haben.

Der Trend geht jedoch ganz klar weg von der «Old Boys Connection» hin zu einer professionalisierten Suche nach Verwaltungsräten. Die heutigen Anforderungen an Verwaltungsräte sind merklich gestiegen. In Krisen sind es vermehrt Verwaltungsräte, die Stellung beziehen

müssen und damit ins Rampenlicht treten. Auch sind sich die Unternehmen zunehmend bewusst, welche Signalwirkung mit der Wahl eines Verwaltungsrates verbunden ist. Im Zuge dieses Trends ist die bessere Durchmischung von Teams ganz klar ein wichtiger Faktor.

Hier haben Barbara Rigassi und Michèle Etienne eine Marktlücke gefunden und das Netzwerk «Get Diversity» ins Leben gerufen. Basierend auf dem Grundgedanken des Diversity Managements, dass gemischte Teams erfolgreicher arbeiten, haben sie sich zum Ziel gemacht, den Frauenanteil in Verwaltungsräten zu erhöhen. Angebot und Nachfrage sollen besser verbunden werden. Frauen, die an VR-Mandaten interessiert sind, werden miteinander vernetzt, können so wertvolle Erfahrungen austauschen und zudem von attraktiven Weiterbildungsangeboten profitie-

ren. Unternehmen, die auf der Suche nach möglichen Kandidatinnen für ihren Verwaltungsrat sind, erhalten Zugang zum Netzwerk. Anhand qualifizierter Auswertungen und entsprechenden Assessments hilft «Get Diversity», die richtige Kandidatin zu finden.



Get Diversity wurde im November 2007 durch Barbara Rigassi und Michèle Etienne in Bern gegründet. Die GmbH will als Plattform dazu dienen, den Frauenanteil in den Verwaltungsräten Schweizer Unternehmen zu erhöhen. Barbara Rigassi ist Dr. oec. HSG (1989) und war persönliche Mitarbeiterin von Bundesrat Pascal Delamuraz und Generalsekretärin einer Grossbank. Bis 2002 war sie Mitglied der Geschäftsleitung des Staatssekretariats für Wirtschaft. Seit 2002 ist sie als selbständige Unternehmerin und als Strategieberaterin tätig. Sie hat verschiedene Verwaltungs- und Stiftungsratsmandate und ist Präsidentin des Verbandes Schweizer Unternehmerinnen (VCHU). Michèle Etienne schloss 1999 an der Universität Bern als Dr. rer. pol. ab. Seither ist sie als Unternehmerin und Teilhaberin von Innopool AG im Bereich Strategie- und Organisationsabwicklung tätig. Sie hat mehrere Verwaltungsratsmandate und ist ebenfalls Mitglied des VCHU. Sie arbeitet als Dozentin an der Universität Bern sowie an Fachhochschulen. Der Beirat von Get Diversity setzt sich zusammen aus: Christine Beerli, Susy Brüscheiler, Rudolf Hug, Antoinette Hunziker-Ebnetter, Eva Jaisli, Monika Ribar, Rudolf Stämpfli. Weitere Infos finden sich unter www.getdiversity.ch

Korrigendum



Marianne Kleiner

Es war nicht die Glarner Regierungsrätin Marianne Dürst, die als erste Frau eine Landsgemeinde führte, sondern die Ausserrhoder Regierungsrätin und heutige FDP-Nationalrätin Marianne Kleiner-Schläpfer, die im April 1997 zur ersten Frau Landammann (Regierungspräsidentin) gewählt wurde und durch die Landsgemeinde führte.

Immerhin bleibt die Ehre in der «FDP-Familie»!

Bilaterale

Vierfaches Ja der FDP-Frauen

Die FDP-Frauen sagen Ja zu den Bilateralen und unterstützen ganz klar die Initiative gegen das Verbandsbeschwerderecht. Weiter wird die Hanfinitiative und die Revision des Betäubungsmittelgesetzes mit einem mehrheitlichen Ja befürwortet.

Hinter Harnos steckt viel freisinnige Arbeit, und dies möchten die FDP-Frauen hervorstreichen. Für diesen Herbst ist eine Netzwerkveranstaltung geplant, die ganz im Zeichen von Harnos steht. Dieser Anlass soll zum Informationsaustausch zwischen betroffenen Eltern, Politikern und Berufsleuten dienen.

Die FDP-Frauen engagieren sich an vorderster Front für ein Ja zur Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU. Die Fakten sind klar: Der bilaterale Weg bringt der Schweiz Arbeitsplätze und Wohlstand. Mit der Personenfreizügigkeit ist Wachstum in der Schweiz wieder Realität.

Die FDP-Frauen unterstützen die Volksinitiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – mehr Wachstum für die Schweiz!». Ganz nach dem Motto: Diskutieren statt prozessieren. Die Volksinitiative enthält keine Radikalforderung. Umweltverbände sollen ihre Anliegen weiterhin aktiv verfechten können. Dies aber nur so lange, als das Volk oder ein Parlament noch nicht entschieden haben.

Unsere Präsidentin Frau Jacqueline de Quattro wurde am 19. August ins erweiterte Co-Präsidium der Verbandsbeschwerdeinitiative gewählt und wird wie viele weitere FDP-Frauen aktiv diese Initiative unterstützen.

Die Hanfinitiative hat zum Ziel, einen wirksamen Jugendschutz durchzusetzen und eine Entkriminalisierung der Hanfkonsumenten zu erreichen. Der Drogenmarkt kann somit gezielt bekämpft werden, und das Verantwortungsbewusstsein von Jugendlichen wird gefördert. Im Sinne des liberalen

Grundgedankens der Eigenverantwortung und mit dem Ziel eines effizienten Jugendschutzes unterstützen die FDP-Frauen diese Initiative.

Was die Revision des Betäubungsmittelgesetzes betrifft, kann aufgrund der vielen positiven Erfahrungen der letzten Jahre nur ein klares Ja ausgesprochen werden. Wir sind auf dem richtigen Weg.

In vielen Kantonen wird am 30. November über Harnos abgestimmt. Harnos ist jedoch nicht nur ein kantonales Thema, die Schulharmonisierung betrifft uns alle. Die FDP-Frauen wollen auf einem nationalen Niveau das Thema ansprechen und den Informationsaustausch zwischen den Kantonen fördern. In einer für den 8. November 2008 geplanten Netzwerkveranstaltung in Zürich treffen

sich Eltern, Lehrpersonen, Kleinkindererzieher/-innen, Persönlichkeiten aus der Politik und Vertreter der Behörden, um zusammen die momentane Entwicklung zu diskutieren.

Die FDP-Frauen unterstützen folgende Aktion:



Aktion BH – www.aktion-bh.ch

eine Aktion, die bewegt und wachrüttelt

Für eine Aktion auf dem Bundesplatz in Bern am 20. Oktober 2008, ab 15 Uhr, sammeln wir 1'500 alte BHs. Jeder steht symbolisch für eine Frau, die letztes Jahr in der Schweiz an Brustkrebs gestorben ist.

Mit unserer Aktion setzen wir ein Zeichen für die schweizweite Einführung von Früherkennungsprogrammen. Denn noch immer sterben in unserem Land zu viele Frauen an Brustkrebs, weil er zu spät entdeckt worden ist.

Unsere Vision: eine laaange Wäscheleine in Bern, an der 1'500 BHs flattern.

Werfen Sie Ihre alten BHs und Bikinioberteile nicht weg, stecken Sie sie in ein Couvert und schicken Sie sie kommentarlos an:

Aktion BH
Postfach 13
3036 Detligen

eine Aktion, die aufwühlt und nach Taten schreit

Mit Unterstützung der Bernischen Krebsliga.

Wir, von Brustkrebs betroffene Frauen, danken für Ihre Solidarität. Heute und am 20. Oktober 2008 in Bern!

Europa Donna – Das Schweizer Brustkrebs-Forum, Regionalgruppe Bern-Mittelland
corbat@europadonna.ch, www.europadonna.ch

Zum 60. Geburtstag der AHV

Am 1. Oktober 1948 wurde die AHV eingeführt. Heute feiert sie ihren 60. Geburtstag. Doch die AHV selber ist auch in die Jahre gekommen. Sie steht vor grossen Herausforderungen. Der Geburtstag ist für die Jungfreisinnigen Anlass für eine Auslegeordnung.

Von Adrian Michel, Vizepräsident

Regelmässig meldete sich der Jungfreisinn in den letzten Jahren zum Thema Altersvorsorge zu Wort. Dies sowohl mit provokativen Aktionen wie auch mit Lösungsvorschlägen. Unser Ziel ist es, die Bevölkerung für die notwendigen Reformen zu sensibilisieren. Die Nachhaltige Sanierung der AHV aufgrund der demographischen Entwicklung steht dabei im Vordergrund.

Wegschauen ist unmöglich

In den letzten Jahren wurde es immer schwieriger, die Alterung der Bevölkerung zu ignorieren. Auch das Schönreden will nicht mehr richtig funktionieren. Verschiedene amtliche Studien haben Klarheit geschaffen. Mit Mythen wurde aufgeräumt. Heute ist es unbestritten, dass das grösste Armutsrisiko die jungen Familien tragen. Es wurde aufgezeigt, dass Rentner in grossen Teilen ihr Vermögen an ihre

Rentner-Kinder vererben. Jede Statistik verdeutlicht zweifelsfrei die dramatische Veränderung der Alterspyramide. Man müsste meinen, dass jedem klar ist, was auf uns unweigerlich zurollt. Ab 2010, wenn die Babyboomer-Generation in Rente geht, wird sich die Situation der Altersvorsorge und insbesondere der AHV schlagartig verändern. Noch vor wenigen Jahrzehnten kam auf 4 Erwerbstätige 1 Rentner. In weniger Jahren wird 1 Rentner nur noch durch 2 Erwerbstätige «finanziert». Das sogenannte Umlageverfahren trifft die aktive Generation also unmittelbar und führt zu zusätzlichen Belastungen.

11. Revision wurde zwar neu aufgeschnürt und ist im Nationalrat angenommen. Doch der notwendige Sanierungsschritt ist auf die lange Bank geschoben. Aus Sicht meiner Generation muss man von einer verpassten Chance sprechen, denn das Ziel ist in weite Ferne gerückt. Es zeigt sich einmal mehr, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene eine unzureichende Lobby haben. Immerhin bringt die geplante Revision keinen weiteren Leistungsausbau, so wie ihn die Gewerkschaftsinitiative fordert, über die am 30. November abgestimmt wird.



Innovative Modelle ermöglichen den längeren Verbleib im Arbeitsleben.

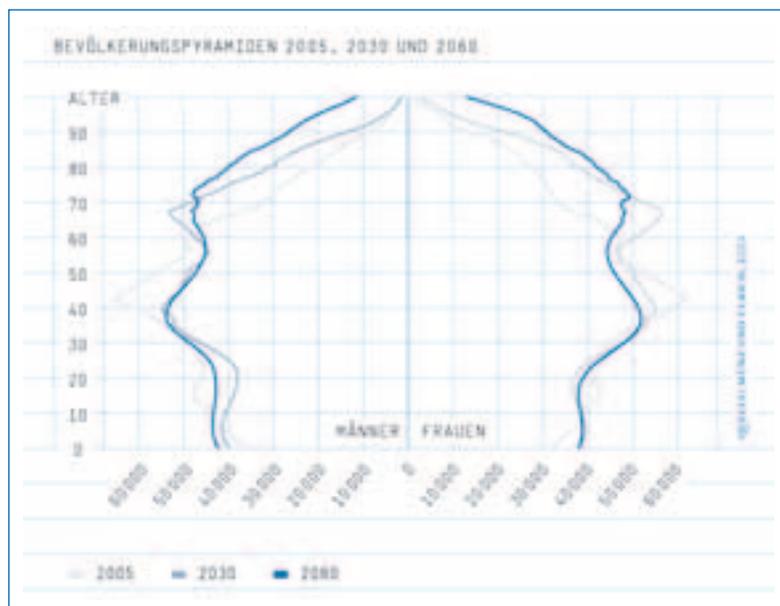
Bild: NZZ

Die berühmte lange Bank

Der Handlungsbedarf ist eigentlich ausgewiesen, und der Schuh drückt jedes Jahr stärker. Dennoch scheiterten die letzten zaghaften Versuche für Reformen. Die Ablehnung der 11. AHV-Revision war ein Schock, den viele Politiker noch nicht überwunden haben. Die

4-Generationen-Gesellschaft

Ein grosses Problem der langfristigen Sanierung unserer Altersvorsorge liegt darin, dass viele nur die negativen Seiten sehen und ihre Pfründe verteidigen wollen. Wer ohne Scheuklappen reformieren will, muss die Veränderung der Gesellschaftsstruktur als Ganzes betrachten. Auf den ersten Blick birgt



dies weiteres Konfliktpotenzial. Denn demographische Revolution führt auch in der Gesundheit oder der Pflege zu immer höheren Kosten. Die andere Seite der Medaille zeigt aber auch neue Chancen auf. Die Lebenserwartung steigt in der Schweiz jedes Jahr um knapp 60 Tage. Noch viel wichtiger ist die Tatsache, dass dank Fortschritt die beschwerdefreie Zeit für RentnerInnen stetig zunimmt. «Alt» ist nicht mehr gleich «alt». Die RentnerInnen können und wollen oftmals auch über das Referenzrentenalter hinaus berufstätig bleiben. Dieses Potenzial und die Erfahrung der Älteren muss genutzt werden durch neue Arbeitsmodelle. Für den Jungfreisinn ist klar, dass die Fähigkeit, das 4-Generationen-Modell (Jugend, Erwerbstätigkeit, aktiver Ruhestand, Pensionierte) umzusetzen, der zentralste Faktor für den künftigen Erfolg der Schweiz sein wird.

Reformen mutig angehen

Im Bewusstsein der Fakten und des Transformationsprozesses in der Gesellschaft muss es möglich sein, in der Altersvorsorge einen Paradigmenwechsel vorzunehmen. Das Rentenalter 65, eine völlig willkürlich festgelegte Zahl, ist dabei ein Relikt aus dem 20. Jahrhundert und muss aus den Köpfen verschwinden. Um die Generationenbilanz nicht weiter zu strapazieren, sollte unserer Meinung nach ein Mechanismus eingeführt werden, der das Rentenalter entpolitisiert. Ein fixer Altersquotient, der das Verhältnis von Aktiven und Rentnern festschreibt, würde so zu einem sozial- und gesundheitsverträglichen, aber steten und automatischen Anstieg des Regelrentenalters führen. Gekoppelt mit der Abschaffung des Mischindex kann so der finanzielle Kollaps der AHV vermieden werden.

Grossbaustelle BVG

Natürlich braucht es auch in der 2. Säule Anpassungen. Der heutige Umwandlungssatz ist noch immer zu hoch angesetzt, sodass eine –

im BVG (private Vorsorge) nicht vorgesehene – zusätzliche Umverteilung von der aktiven Generation zu den RentnerInnen stattfindet. Dies ist systemwidrig und skandalös. Neben diesem Schritt drängt sich im Weiteren eine Attraktivitätssteigerung für ein längeres Verbleiben im Arbeitsleben auf. Hier sollten zwei Massnahmen ernsthaft geprüft werden. Einerseits sollte man das Leistungsprimat verbieten, weil

es falsche Anreize setzt. Das Leistungsprimat führt dazu, dass man am Ende der Arbeitszeit am meisten verdienen will. Dies sabotiert Versuche, flexible Teilarbeitszeitmodelle und innovative Entlohnungssysteme zu finden. Andererseits sind heute ältere Arbeitnehmer aufgrund der höheren Lohnnebenkosten für viele Arbeitgeber unattraktiv. Lösbar wäre dies, indem jeder Arbeitnehmer die BVG-

Kosten vollständig selber tragen würde. Dies führt zu keiner Lohneinbusse, macht aber ältere Arbeitnehmer auf einen Schlag «wettbewerbsfähiger». Auch sozialpolitisch wäre dies durchaus vertretbar, denn die tendenziell besser verdienenden älteren Arbeitnehmer können sich die höheren BVG-Lohnnebenkosten besser leisten.

Aktualität

Botellón

Ein spanischer Brauch hält Einzug

Von Jenny Beeler und Brenda Mäder, Vorstandsmitglieder jungfreisinnige schweiz

Die Behörden der grösseren Schweizer Städte sind derzeit beschäftigt, um Möglichkeiten zu finden, den Botellóns entgegenzuwirken.

Bei diesen Treffen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen geht es um das kollektive Konsumieren einer möglichst grossen Menge von Alkohol und um das gemeinsame Feiern mit Gleichgesinnten auf öffentlichen Plätzen.

Pragmatischer Weg und Selbstverantwortung

Die jungfreisinnigen schweiz begrüssen in diesem Zusammenhang den pragmatischen Weg der Stadt Genf. Dort wurde es erkannt, dass Prohibition nicht funktioniert, und hat deshalb Kontrollen vermindert. Da Verbotenes spannender zu sein scheint, ist es umso wichtiger, mit den Veranstaltern in Kontakt zu treten. Die Stadt Genf toleriert inzwischen das kollektive Betrinken, unter der Bedingung, dass die Initianten die Sicherheit und die Sauberkeit nach dem Fest garantieren. Im Gegenzug stellt die Stadt Toiletten zur Verfügung. Die jungfreisinnigen schweiz sind der Meinung, dass jeder Einzelne entscheiden soll, ob er an einem tolerierten Botellón teilnimmt. Allfällige Konsequenzen werden automatisch in



Kauf genommen. Personen, welche wegen exzessiven Alkoholkonsums ärztlich behandelt werden müssen, müssen dafür auch zur Kasse gebeten werden.

Staatsgläubige linke Antietatisten

Überrascht waren die jungfreisinnigen schweiz über den Aufruf der JUSO, behördliche Entscheide zu missachten, um an einem Botellón teilzunehmen. Dies ist völlig fehlerhaft.

Ziviler Ungehorsam spielte eine wichtige Rolle in der Geschichte der Menschheit und verhalf, Rechte der Bürger zu sichern. Aufrufe, sich über behördliche Entscheide hin-

wegzusetzen, sind mit Vorsicht einzusetzen und sollten sich wertvolleren Zielen widmen als einem Trinkgelage.

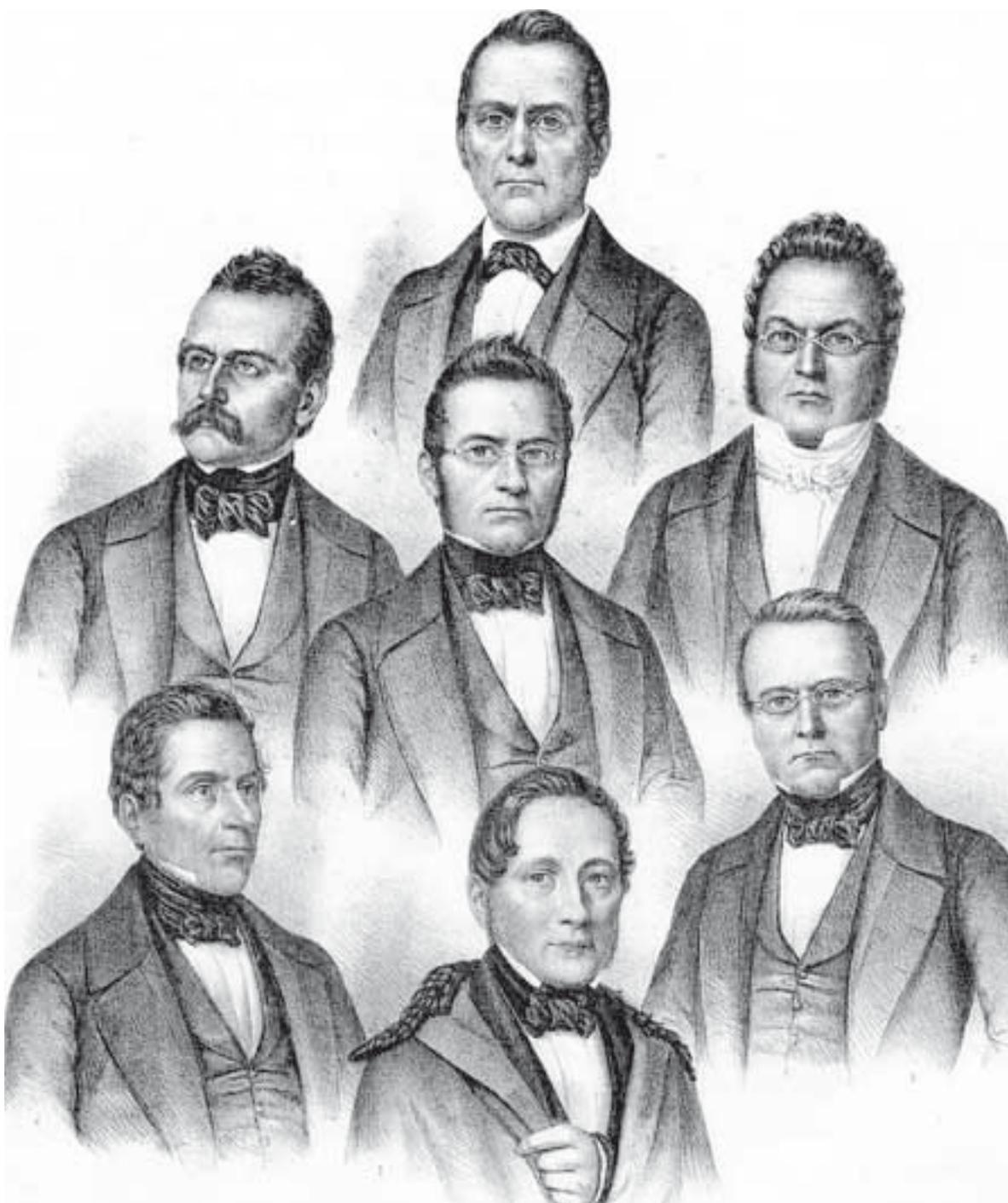
Die Position der JUSO ist kontrovers und kurzichtig. Einerseits rufen sie dazu auf, sich über behördliche Verbote hinwegzusetzen, andererseits sind es diejenigen, welche ständig vom Staat fordern, z. B. sollten Städte Gratiskonzerte anbieten. Was denn nun?

Es wäre wohl intelligenter, mit den Städten Lösungen zu erarbeiten, die vor allem das Verursacherprinzip integrieren, als zum blinden Ungehorsam aufzurufen.

Wieder neue Partei

Liberale und Freisinnige - ein Blick in die Vergangenheit

Die Freisinnigen und die Liberalen schreiben seit je ein grosses Stück Schweizer Polit-Geschichte. Dies soll so bleiben. Im Herbst wird mit der Fusion ein weiteres wichtiges Kapitel eröffnet.



Eine zeitgenössische Darstellung der ersten sieben Schweizer Bundesräte von 1848, von oben und links, Joseph Munzinger (Solothurn), Ulrich Ochsenbein (Bern), Jonas Furrer (Zürich), Henri Druey (Waadt), Stefano Franscini (Tessin), Friedrich Frey-Herosé (Aargau), Wilhelm Naef (St. Gallen).

Bild: Keystone

Historische Kerndaten

1830: Die Regenerationsbewegung erfasst die Schweiz und bringt etwa zehn Kantone dazu, liberale Elemente wie repräsentative Demokratie, Volkssouveränität und Gleichheit zwischen Stadt und Land in ihre Verfassungen aufzunehmen. Die Errungenschaften der Helvetischen Republik von 1798 werden wiederentdeckt. Die Gründung des Nationalvereins 1835 ist ein wichtiger Schritt für die Demokratiebewegung und die Einigung des Landes.

1840–1847: Das liberale Lager, stark in den reformierten sowie den industrialisierten Kantonen, teilt sich in zwei Flügel: einerseits die Liberalen, die für Föderalismus und individuelle Rechte eintreten, und andererseits die Freisinnigen, die sich für einen starken Bundesstaat, Volksrechte und die Einheit der Schweizer Nation einsetzen.

1848: Die Niederlage der sieben Kantone des Sonderbunds bereitet den Weg für die Verabschiedung der Bundesverfassung vom 12. September 1848, welche die Fundamente der modernen Schweiz legt. Das Bundesparlament wie auch der Bundesrat werden von den Freisinnigen beherrscht, die auch in den meisten Kantonen Regierungsträger sind. Eine Vorherrschaft, die bis zum Ende des Ersten Weltkriegs anhalten wird. Das liberal-konservative Lager wird im Parlament von 20 bis 30 Parlamentariern vertreten, die in der Mehrzahl aus der Romandie (Genf, Waadt, Neuenburg), teilweise aber auch aus der Deutschschweiz (Basel-Stadt, Zürich, Graubünden, Sankt Gallen, Bern usw.) stammen. Dieses Lager wird bis zur zweiten

FDP Wir Liberalen.



Hälfte des 19. Jahrhunderts stark sein, um ab 1900, vor allem in der Deutschschweiz, schrittweise an Bedeutung zu verlieren.

1872: Die Westschweizer Freisinnigen, insbesondere diejenigen aus der Waadt, die liberal-konservativen und das konservativ-katholische Lager verhindern zusammen die erste Verfassungsrevision. Von dieser Niederlage wachgerüttelt, gründen die Schweizer Freisinnigen 1873 den Volksverein, eine «primitive Massenpartei» (Roland Ruffieux), welcher «die freisinnige Grossfamilie» (Erich Gruner) zusammenfasst. Diese Volksbewegung sowie der Meinungsumschwung der Westschweizer Freisinnigen ermöglichen schliesslich die Totalrevision der Verfassung, welche am 19. April 1875 verabschiedet wird.

Der Volksverein zählt an die 100 000 Mitglieder aller Konfessionen und sozialer Schichten. Später wird die Erweiterung der Volksrechte (Proporzahlen in den Kantonen und ab 1919 auch auf Bundesebene, Schaffung von Referendums- und Initiativrecht) zum Erscheinen der modernen Parteien führen.

1875: Gründung des Eidgenössischen Vereins, welcher die liberal-konservativen Elemente der reformierten Kantone zusammenfasst.

1878: Gründung der freisinnig-demokratischen Parlamentsfraktion. Die Abstimmungsteilnahme unter den Parlamentariern bleibt schwach. Erst 1892 wird ein internes Reglement verabschiedet, aber das Prinzip der Abstimmungsfreiheit bleibt gegenüber der Fraktionsdisziplin vorrangig.

1891: Mit Josef Zemp wird der erste Katholik-Konservative in den bis dahin einheitlich von Freisinnigen besetzten Bundesrat gewählt. 1918 tritt mit Jean-Marie Musy ein zweiter Katholik-Konservativer in die Regierung ein.

1893: Gründung der liberal-demokratischen Fraktion und, 1913, der liberalen Partei Schweiz.

1894: Gründung der Freisinnig-Demokratischen Partei Schweiz in Olten, gefolgt von der Eröffnung eines Generalsekretariats 1914 in Bern. Zahlreiche Liberale der Deutschschweizer Kantone treten der neuen Partei bei. In der

Westschweiz bleibt es, zumindest in den reformierten Kantonen, bei der Trennung zwischen den beiden Lagern. In den katholischen Kantonen hingegen arbeiten Liberale und Freisinnige zusammen.

1896: Gründung der «sozialpolitischen» Fraktion, welcher vor allem Ostschweizer Demokraten angehören. 1911 folgt die Gründung einer demokratischen Fraktion. Zur Jahrhundertwende ist die grosse freisinnige Familie daher in drei ungleiche Lager gespalten.

1917: Wahl des Genfer Liberalen Gustave Ador in den Bundesrat.

1918: Erste Nationalratswahlen mit Proporzwahl: Die FDP verliert die absolute Mehrheit.

1929: Mit Rudolf Minger wird das erste Mitglied der BGB in den Bundesrat gewählt.

1943: Mit Ernst Nobs wird der erste Sozialist in den Bundesrat gewählt.

1959: Entstehung der «Zauberformel» für die Zusammensetzung des Bundesrates (2 FDP, 2 SP, 2 CVP, 1 SVP), dank der Allianz zwischen Sozialisten und Christ-Konservativen.

1961: Gründung der Liberal-Demokratischen Union Schweiz.



2003: Gründung einer gemeinsamen Bundesfraktion von Freisinnigen und Liberalen.

2003: Wahl von zwei SVP-Bundesräten. Die CVP verliert einen Sitz.

2005: Gründung der Union der Freisinnigen und Liberalen (UFL).

2006: Zusammenschluss der freisinnigen und der liberalen Parteien im Kanton Freiburg.

2008: Zusammenschluss der freisinnigen und der liberalen Parteien in den Kantonen Valais und Neuenburg. Bekanntgabe des Projektes, Freisinnige und Liberale auf Bundesebene in einer neuen Partei zusammenzuführen.

Daten: Philippe Bender, Historiker, Sekretär des Club R, Fully.

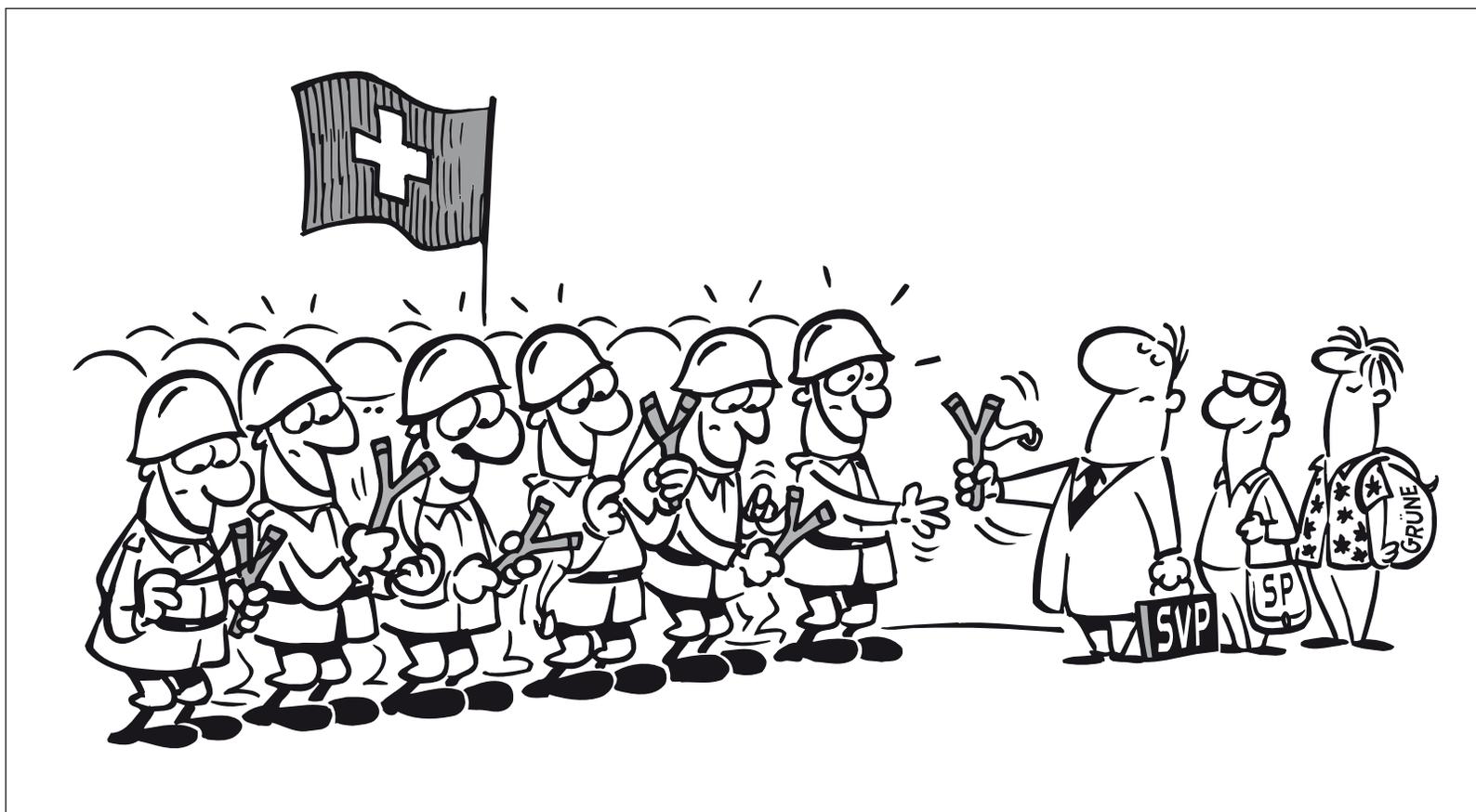


Die Bundesverfassung vom 12. September 1848.

Armee

Kein Spiel mit der Sicherheit!

Die SVP will kein Geld mehr für die Armee. Das Rüstungsprogramm wird diskussionslos abgelehnt. Grund: der Streit mit ihrem früheren Bundesrat. Das ist Parteipolitik auf Kosten der Landesverteidigung. Die SVP verbündet sich mit den linken Armeeabschaffern. Das ist Unsicherheitspolitik.



Anders die FDP: Wir wollen eine schlagkräftige und moderne Armee. Das braucht klare Ziele, Reformwille, finanzielle Stabilität und zuverlässige politische Partner.

Einmal mehr benutzt eine unheilige Allianz aus SVP, SP und Grünen die Armee für politische Spiele. Nachdem die genannten Fraktionen in der Sommersession 2008 die Revision des Militärgesetzes ausgehöhlt haben, droht nun das Rüstungsprogramm 2008 zum Spielball parteipolitischer Spiele zu werden. Die SVP droht damit, der Armee die Mittel zu entziehen, und spielt damit denjenigen Kräften in die Hand, welche die Armee schwä-

chen oder abschaffen wollen. Auf der anderen Seite möchte die SP mit der FDP und CVP Gespräche über eine «konstruktive Militärpolitik» führen. Allerdings bleibt die SP jeglichen Tatbeweis schuldig, ein verlässlicher Partner in verteidigungspolitischen Fragen zu sein. Im Gegenteil: Die SP torpediert seit Jahren die Rüstungsprogramme mit Nichteintretens- und Kürzungsanträgen und hat seit 2003 alle Rüstungsprogramme in der Gesamtabstimmung im Nationalrat abgelehnt!

Die Freisinnig-Demokratische Fraktion verurteilt diese unverantwortliche Politik von SVP, Grünen

und SP. Diese Unsicherheitspolitik schwächt die Armee, gefährdet die Sicherheit und schadet der Schweiz. Wir werden diese Politik entschieden bekämpfen und uns weiterhin für eine moderne und schlagkräftige Armee einsetzen. Mit der Sicherheit des Landes spielt man nicht!

Die Fraktion wird sich in der kommenden Session im Bereich der Verteidigungspolitik einsetzen, dass

1) das Rüstungsprogramm 2008 ohne Abstriche angenommen wird, denn die Armee ist auf finanzielle Stabilität und entsprechende Investitionen angewiesen;

2) der Entscheid des Nationalrats betreffend die Revision des Militärgesetzes so korrigiert wird, dass die Armee ihre Aufträge (Ausbildung, Einsätze) erfüllen kann;

3) zukünftige Rüstungsprogramme in Form von mehrjährigen Rahmenkrediten verabschiedet werden, um die Planbarkeit und Verlässlichkeit zu verbessern.

Interview

Stagflation – was ist das?

Die Redaktion des «Schweizer Freisinns» hat mit dem Berner Nationalrat und Unternehmer Johann Schneider-Ammann über das Thema «Stagflation» gesprochen.

Herr Schneider-Ammann, in der letzten Zeit wird vermehrt auf die Gefahr einer Stagflation hingewiesen. Was versteht man eigentlich darunter?

Stagflation bezeichnet eine gesamtwirtschaftlich sehr unerfreuliche Situation, die gleichzeitig durch Stagnation und Inflation gekennzeichnet ist.

Und was ist daran so schlimm?

Stagnation bedeutet Rezession mit einem stagnierenden, im Extremfall sogar rückläufigen Wirtschaftswachstum, in der Regel verbunden mit steigender Arbeitslosigkeit. Und Inflation bezeichnet die allgemeine Geldentwertung bzw. die Teuerung. Sowohl Rezession als auch Teuerung sind wirtschaftspolitisch unerwünscht.

Befinden wir uns bereits in einer Stagflation?

Nein, so weit sind wir heute zum Glück noch nicht. Die offiziell ausgewiesene Inflationsrate hat zwar den kritischen Wert von 2 Prozent deutlich überstiegen. Das Wirtschaftswachstum sollte gemäss den Prognosen aber nach wie vor intakt sein, wenn auch auf tieferem Niveau als in den vergangenen Jahren.

Weshalb wird denn vor der Gefahr einer Stagflation gewarnt?

Die Gesamtwirtschaft befindet sich gegenwärtig in einer besonderen Konstellation, die zu einer Stagflation führen könnte: Wir haben massiv höhere Preise für Rohstoffe und Energie (insbesondere Erdöl), die bei den Unternehmen einen entsprechenden Kostenschub auslösen. Mit Überwälzung dieser erhöhten Rohstoff- und Energiekosten auf die Preise kommt es zu einem entsprechenden Teuerungsschub, der sich gegenwärtig in einer für schweizerische Verhältnisse ungewohnt hohen Inflationsrate äussert.



Johann Schneider-Ammann

Ist das denn schon eine Stagflation?

Nein, diese Entwicklung für sich alleine genommen bedeutet noch keine Stagflation. Dazu braucht es mehr, nämlich, dass nun versucht wird – und hier sind vor allem die Gewerkschaften angesprochen – diesen Teuerungsschub abzuwehren, indem ein vollständiger Teuerungsausgleich auf den Löhnen gefordert wird. Sollte diese Forderung tatsächlich durchgesetzt werden können, dann müssten die Unternehmen zum Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit versuchen, auch die höheren Löhne als zusätzliche Produktionskosten auf die Preise zu überwälzen. Wenn dies gelingt, dann wird die Teuerung noch weiter angeheizt, wenn nicht, dann droht bei diesen Unternehmen der Verlust von Arbeitsplätzen, was die Arbeitslosigkeit erhöhen würde.

Wo führt das alles hin?

Auf der einen Seite könnte die höhere Inflationsrate die Forderung

nerschaft sehr hoch, und das wissen die Gewerkschaften auch. Für mich ist der Wunsch der Menschen, die Teuerung abzuwehren, ja auch nachvollziehbar. Wir befinden uns heute einfach in einer volkswirtschaftlichen Situation, die, wenn man die Forderungen der Gewerkschaften nach dem vollständigen Teuerungsausgleich konsequent zu Ende denkt, letztlich allen wirtschaftlichen Akteuren, also den Unternehmen, den Arbeitnehmenden und den Konsumenten, schaden wird.

Könnte nicht die Schweizerische Nationalbank (SNB) mit ihrer Geldpolitik die Stagflation bekämpfen?

Nein, die Nationalbank kann die beiden wirtschaftspolitischen «Übel», Rezession und Inflation, nicht gleichzeitig bekämpfen. Soll die Inflation konsequent eingedämmt werden, dann wäre hierzu eine restriktive Geldpolitik (mit höheren Zinsen) erforderlich, was aber die rückläufige Wirtschaftsentwicklung und damit die Rezession und den Arbeitsplatzabbau noch weiter verschärfen würden. Betreibt sie hingegen eine eher expansive Geldpolitik (mit tieferen Zinsen), um die Arbeitslosigkeit nicht noch weiter ansteigen zu lassen, dann würde dies unweigerlich zu einer nochmaligen Steigerung der Inflationsrate führen. Man spricht deshalb auch davon, dass eine Stagflation ein wirtschaftspolitisches Dilemma darstellt. Wenn man einmal drin ist, gibt es keinen guten Weg mehr, wie man aus dieser Situation wieder rauskommt. Es gilt deshalb unbedingt zu verhindern, dass es überhaupt so weit kommt.

nach einem weiteren Teuerungsausgleich, nun aber auf höherem Niveau, nach sich ziehen. Auf der anderen Seite ist ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit nicht auszuschliessen, da es kaum allen Unternehmen gelingen wird, die höheren Kosten auf die Preise zu überwälzen. Somit ergibt sich, dass ein einmaliger extern ausgelöster Kostenschub wie die gegenwärtige Rohstoff- und Energiepreiserhöhung in Verbindung mit der Forderung nach dem vollständigen Teuerungsausgleich einen Mechanismus auslösen kann (im Fachjargon Preis-Lohn-Spirale genannt), der gleichzeitig zu Rezession und Inflation führt bzw. eben in einer Stagflation mündet.

Schieben Sie jetzt den schwarzen Peter nicht einfach den Gewerkschaften zu?

Nein, das ist keinesfalls meine Absicht. In unserer Branche (der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie) halten wir die Sozialpart-

Besser vernetzt, aktuell informiert

Von FDP-Presseschef Christian Weber

Die neue Adressverwaltung der FDP ist eine Erfolgsgeschichte. Bereits sind über 50 000 FDP-Mitglieder in der Datenbank erfasst – und wöchentlich werden es mehr. Nur mit dieser Adressverwaltung sind wir für die politische Arbeit der Zukunft gerüstet.

Wer heute und in Zukunft in der Politik Erfolg haben will, muss rasch informieren und mobilisieren können – und zwar nicht nur einen kleinen Kreis. Deshalb haben die FDP Schweiz und die Kantonalparteien Anfang Jahr das Projekt für eine Datenbank mit den Adressen aller Mitglieder in Angriff genommen. Damit wird es möglich, alle Mitglieder rasch und einfach zu informieren und zu mobilisieren, aber auch Um-

fragen durchzuführen. In erster Linie soll dies alles auf elektronischem Weg, also per Mail, geschehen. Der Grund dafür ist einerseits die Geschwindigkeit. Per Mail gelangen die Informationen viel rascher zu den Mitgliedern als auf dem Postweg. Ein wichtiger Faktor sind aber auch die Kosten – und zwar sowohl für die FDP Schweiz als auch für die Kantonal- und Ortssektionen. Ein Versand per Post verursacht immer Kosten und belastet die Parteikassen, ein Mail-Versand nicht.

Keine Angst vor der Mail-Flut

Immer wieder wird davor gewarnt, seine Mailadresse zu leichtfertig anzugeben. Eine Flut von Mails und Datenmüll könne die Folge sein. Das ist richtig. Die Mailadresse

sollte man nur dort angeben, wo daraus tatsächlich ein Nutzen entsteht und man sicher sein kann, dass mit der Adresse kein Unfug betrieben wird. Bei der FDP ist dies der Fall. Die Mailadresse der Mitglieder wird nur für Informationen der Partei genutzt, welche exklusiv den Mitgliedern vorbehalten sind.

Es versteht sich von selbst, dass die Mitglieder nicht täglich mit solchen Informationen bedient werden. Geben Sie deshalb in ihrer Ortssektion unbedingt die Mailadresse an. Sie erleichtern die Arbeit der FDP auf allen Stufen und sind besser und aus erster Hand informiert.

Agenda

September 2008

- 5. Vorsessionale Fraktionssitzung
- 12. Sekretärenkonferenz und PPK in Neuenburg
- 13. Delegiertenversammlung in Neuenburg
- 15. 9.–3. 10. Herbstsession
- 18. Geschäftsleitung

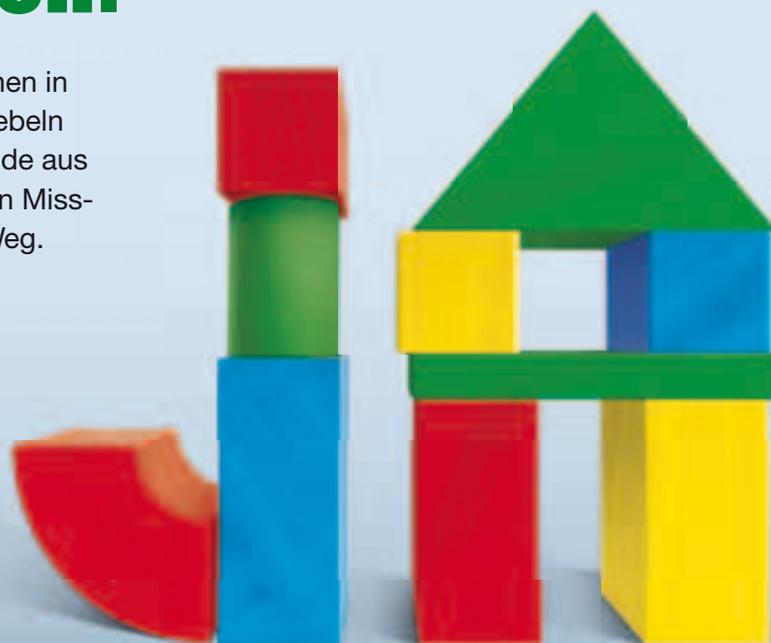
Oktober 2008

- 24. Sekretärenkonferenz/PPK/GL
- 25. Delegiertenversammlung in Bern

Komitee «Verbandsbeschwerde: Schluss mit der Verhinderungspolitik»

Arbeitsplätze für die nächste Generation.

Einzelne Verbände blockieren immer wieder Investitionen in Milliardenhöhe mit Beschwerden und Rekursen. Sie hebeln mit einem Sonderrecht demokratisch gefällte Entscheide aus und gefährden damit Arbeitsplätze. Stoppen wir diesen Missbrauch und legen der Wirtschaft keine Klötze in den Weg.



JA zur Verbandsbeschwerdeinitiative



Post-it mit FDP-Logo

Diese praktischen Notizzettel gehören in jedes Büro und in jeden Haushalt.

20x50 Blatt

Preis: Fr. 32.– zuzüglich Porto und Verpackung

Kugelschreiber

Fr. 35.–/50 St.

Bestelladresse: FDP Schweiz, Erwin Aebischer, Postfach, 3001 Bern, E-Mail: aebischer@fdp.ch, Tel. 031 320 35 25

Weitere Artikel finden Sie unter: www.fdp.ch/shop

Gründungsparteitag

Am 25. Oktober schliessen sich die Liberale Partei der Schweiz und die Freisinnig-Demokratische Partei in Bern zusammen, sofern die Delegierten zustimmen. Die beiden Parteien, welche den modernen Bundesstaat gegründet haben, vereinen sich. Dabei entsteht eine neue Partei. Nicht die FDP, nicht die LPS, eine neue Partei. In der Westschweiz wird diese neue Partei mit Wähleranteilen von 20% bis 35% die stärkste oder zweitstärkste Partei. In Neuenburg haben die beiden Parteien auf kantonaler Ebene bereits fusioniert und sind gleich mit einem höheren Wähleranteil belohnt worden. Das gilt es in anderen Kantonen zu wiederholen. An unseren liberalen Positionen wird es kein Vorbeikommen geben.

Mehr zur Fusion und zur Delegiertenversammlung in Bern erfahren Sie im nächsten «Freisinn» und auf www.fdp.ch.



Bild: Marcel Bieri

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) sucht zur Besetzung einer 100%-Stelle eine/einen

Kommunikations-Leiter/ Mediensprecher (m/w)

Ihr Aufgabenbereich:

- Konzeption und operationelle Umsetzung der Medienarbeit der FDP Schweiz
- Mediensprecher der FDP Schweiz

Ihr Profil:

- Sie verfügen über ausgewiesene Erfahrungen im Bereich der Kommunikations-Konzeption
- Sie haben Führungserfahrung
- Sie kennen die Medienlandschaft der Schweiz und verfügen über ein entsprechendes Kontaktnetz
- Sie kennen sich bestens in der Schweizer Politik aus
- Sie drücken sich stilsicher in Deutsch aus und beherrschen Französisch in Wort und Schrift
- Sie sind zeitlich flexibel, innovativ, teamfähig, loyal und belastbar

Falls Sie zum FDP-Wahlerfolg 2011 beitragen und diese interessante Aufgabe in einem engagierten Team interessiert, freuen wir uns auf Ihre Bewerbung.

Arbeitsbeginn nach Absprache.

Die üblichen Unterlagen richten Sie bitte an den Generalsekretär der FDP Schweiz, Stefan Brupbacher, Postfach 6136, 3001 Bern, E-Mail: brupbacher@fdp.ch, Tel. 031 320 35 35

FDP Wir Liberalen.

Werben Sie im «Schweizer Freisinn»!

Inserieren Sie im «Schweizer Freisinn». Mit einer Anzeige erreichen Sie zielgenau ein ganz besonderes Publikum: Mitglieder der FDP in der deutschen Schweiz.

Der «Schweizer Freisinn» erscheint zehnmal jährlich in einer Auflage von über 70000 Exemplaren. Nützen auch Sie die Möglichkeit, eine interessante Zielgruppe direkt anzusprechen – mit einem Inserat im «Freisinn».

Anfragen unter:

FDP Schweiz, Redaktion «Schweizer Freisinn», Eliane Gnägi, Neuen-gasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 30



McCANN ERICSSON

Microsoft®
Your potential. Our passion.™

ISOLIERT

INTEGRIERT

Petra Giger und Patrick Rothmund arbeiten mit Microsoft Office in Rumantsch. Dank der Software in ihrer Muttersprache können sie einfacher und intuitiver arbeiten, lernen und kommunizieren. So helfen sie und Microsoft, eine alte Sprache und die Kultur zu erhalten. Lesen Sie mehr auf www.aufmeinemweg.ch